

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSISCHE WIRTSCHAFT

- | | | |
|------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| ■ ANALYSE | | |
| | Lange Phase der wirtschaftlichen Stagnation wahrscheinlich | 2 |
| | Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien | |
| ■ ANALYSE | | |
| | Inlandsinvestitionen und »deofschorisazija« – ein Paradigmenwechsel in der russischen Finanzpolitik? | 9 |
| | Ewa Dąbrowska, Amsterdam/Berlin | |
| ■ ANALYSE | | |
| | Russlands politische Antwort auf die »economic statecraft« des Westens | 14 |
| | Richard Connolly, Birmingham | |
| ■ UMFRAGE | | |
| | Meinungen zur Wirtschaftskrise | 18 |
| ■ AUS RUSSISCHEN BLOGS | | |
| | Das Petersburger Wirtschaftsforum. Überwindung der Isolation Russlands? | 20 |
| <hr/> | | |
| ■ NOTIZEN AUS MOSKAU | | |
| | Strangulierte Medienöffentlichkeit in Russland | 22 |
| | Jens Siegert, Moskau | |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| | 18. Juni – 1. Juli 2015 | 25 |

Lange Phase der wirtschaftlichen Stagnation wahrscheinlich

Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

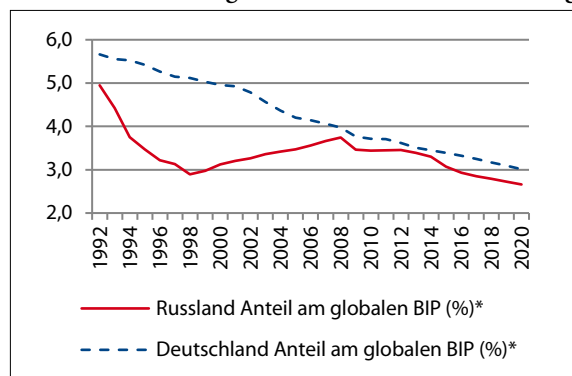
Zusammenfassung

Der Wachstumsausblick für Russlands Wirtschaft hat sich bereits vor der Ukraine-Krise auf Grund struktureller Limitationen verschlechtert. Verstärkt wird dieser Trend nun durch nicht zu unterschätzende Folgen der Ukraine-Krise auf die Einbettung Russlands in die Weltwirtschaft. Angesichts limitierter Investitionsspielräume droht nun eine Phase der Stagnation. Einige Wirtschaftsakteure üben Kritik an der aktuellen wirtschaftlichen Ausrichtung, etliche heimische und ausländische Akteure setzen noch auf eine rasche Erholung. Daher sind die Folgen einer »säkularen Stagnation« nicht zu unterschätzen.

Die russische Wirtschaft im Abwärtstrend

Das Wirtschaftswachstum Russlands war schon vor 2014 und 2015 in einem Abwärtstrend. Letzterer hat seine Ursachen im Zusammenspiel zahlreicher struktureller Faktoren. Zu nennen sind die Grenzen des auf Rohstoffexport basierenden Wachstumsmodells, ein gemessen am institutionellen Umfeld hoher Wohlstand, eine gescheiterte Modernisierung, begrenzte Entfaltungsräume des privaten Sektors, eine ineffiziente regionale Faktorallokation bzw. Verspannungen am Arbeitsmarkt, zu hohes Lohnwachstum in Relation zum Produktivitätsfortschritt sowie zu geringe Investitionen bei hohem Kapitalexport. Angesichts solcher Barrieren und Limitationen hat sich Russland in den letzten Jahren von anderen großen aufstrebenden Ökonomien abgekoppelt. Verstärkt wird dieser Trend nun durch nicht zu unterschätzende unmittelbare und mittelbare Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Einbettung Russlands in die Weltwirtschaft.

Grafik 1: Russlands globale wirtschaftliche Bedeutung



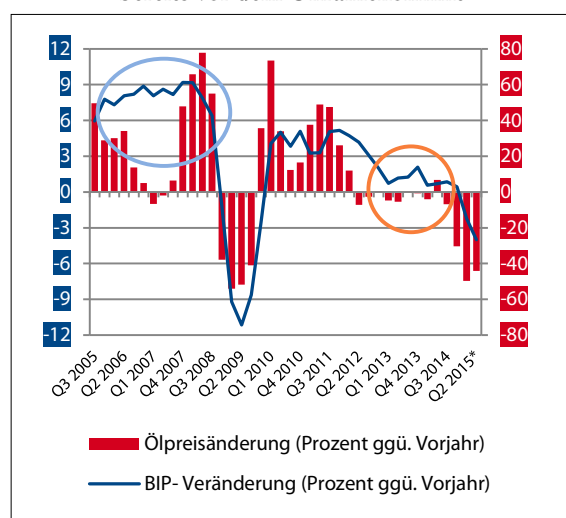
* gerechnet zu Kaufkraftparitäten

Quelle: IWF, RBI/Raiiffeisen RESEARCH

Derzeit brechen internationale Bankfinanzierungen mit Russland-Bezug ebenso stark ein wie in der Krise 2008/2009, allerdings in einem nun deutlich besseren globalen Umfeld. Von internationalen Finanzierungen

ist Russland seit 2014 fast komplett ausgeschlossen; laufende Auslandsschulden der Firmen und Banken werden zurückgezahlt. Der Anteil neuer Großgeschäfte mit Russland-Bezug auf dem globalen Finanzmarkt, die einem

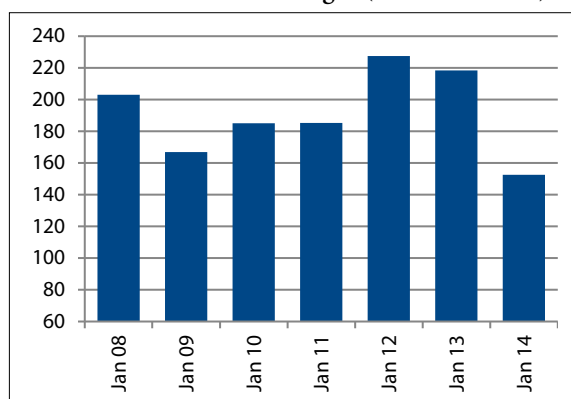
Grafik 2: Russische Wachstumsschwäche begann bereits vor dem Ukraine-Konflikt



○ Bis zur Finanzkrise 2008/2009: Starkes Wachstum; ○ Bereits 2012/2013: Wachstumsschwäche trotz hoher und stabiler Ölpreise über 100 Dollar; * Q2 2015 Schätzungen der Autoren
Quelle: Reuters, Rosstat, RBI/Raiiffeisen RESEARCH

breiten Investorenkreis angeboten werden, hat 2015 ein Allzeit-Tief erreicht. Investoren ziehen sich nach Jahren der Öffnung aus russischen Staatsanleihen zurück. German Gref, Geschäftsführer der »Sberbank«, hat die Lage auf dem Petersburger Wirtschaftsforum schonungslos benannt. Er erklärte: Der Zugang zu westlichen Finanzmärkten ist für Russland essentiell, und asiatische Finanzmärkte bieten auf kurze und mittlere Sicht keine hinreichenden Optionen. Er sieht sein Land nun in einer harten Anpassungsphase. Zudem legen Studien über Effekte von Sanktionen nahe (siehe die Beispiele Südafrika und Iran), dass die derzeitigen Entwicklungen in Russland

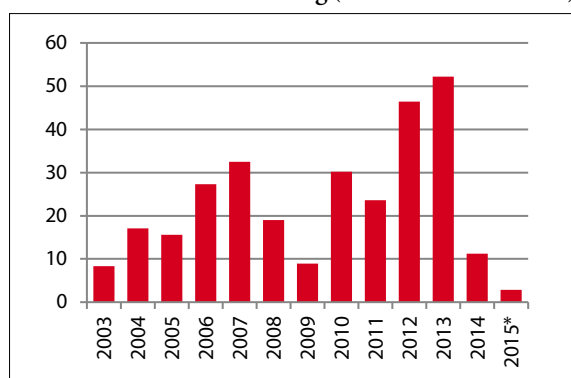
Grafik 3: Russland: Internationale grenzüberschreitende Bankfinanzierungen (Mrd. US-Dollar)*



* alle weltweit an die BIS berichtende Bankensektoren
Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsgleich (BIZ), RBI/Raiffeisen RESEARCH

erst der Beginn der negativen Folgen von länger anhaltenden Sanktionsregimen sind, vor allem auf die Investitionstätigkeit. Zudem nimmt Umfragen zufolge die Hoffnung auf ein baldiges Ende der westlichen Sanktionen zusehends ab. Dies passt zu empirischen Studien, welche eine lange Dauer von Sanktionsregimen (vor allem gegen große Länder) nahelegen. In das Gesamtbild fügen sich die jüngsten Sanktionsverlängerungen ein (durch die EU um sechs Monate, auf russischer Seite gleich um 12 Monate).

Grafik 4: Internationale Kapitalmarktfinanzierungen mit Russland-Bezug (Milliarden US-Dollar)



* 2015er Zahlen annualisierte Daten für das erste Quartal 2015
Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Strukturelle Limitationen, eine derzeit zurückgehende Einbettung in globale Kapitalströme sowie sich verschlechternde Erwartungen in Bezug auf eine solide Wirtschaftsentwicklung legen nahe, dass Russland auf eine Stagnation zuläuft, sollten die Rahmenbedingungen unverändert bleiben. Nach der aktuellen Rezession kann dem Land gemäß der ökonomischen Theo-

rie eine sogenannte »säkulare Stagnation« drohen. Solch ein Szenario ohne oder mit nur schwachem Wachstum, bei niedriger bzw. moderater Inflation und niedrigen Realzinsen, ist in geschlossenen Ökonomien mit relativ hohem Pro-Kopf-Einkommen möglich. Reale BIP-Zuwachsraten von unter zwei Prozent stellen in einer Ökonomie wie Russland gleichsam eine Stagnation dar. Zuwachsraten dieser Ordnung – weit unter den vom Präsidenten auf dem Petersburger Wirtschaftsforum in den Raum gestellten und anvisierten 3,5 Prozent an mittelfristigem Zuwachs – reichen nicht aus, um im Vergleich zu anderen aufstrebenden Ländern, aber auch zu den Industrienationen, den Wohlstand anzuheben. Russlands Pro-Kopf-Einkommen zu Kaufkraftparitäten könnte so auf mittlerem Niveau, bei 65 Prozent der EU bzw. 55 Prozent des Niveaus in Deutschland, »steckenbleiben«. Unterstützt wird das Szenario einer »säkularen Stagnation« von der Tatsache, dass kaum Wachstumstreiber in Sicht sind und aktuelle wirtschaftspolitische Strategien wenig nachhaltige Wachstumsimpulse versprechen.

Rohstoffboom und Modernisierung über Megaprojekte kaum wiederholbar

In der letzten Dekade profitierte Russland von einem globalen »Rohstoffsuperzyklus«, der den Ölpreis von 10–20 US-Dollar auf über 100 Dollar trieb, sowie von einem Ausblick auf unbegrenzten Rohstoffhunger der aufstrebenden Volkswirtschaften. Beide Megatrends haben sich abgeschwächt, der Ölpreis sollte sich angesichts aktueller Markttrends und Prognosen nur moderat erholen bzw. in den kommenden Jahren um Niveaus von 60–80 US-Dollar pendeln. Ohne fortwährende massive Rohstoffpreissteigerungen liegt das geschätzte Wachstumspotenzial der russischen Wirtschaft bei 1–2 Prozent. Die mittelbaren fiskalischen Implikationen eines solchen Szenarios ohne Rohstoffpreisboom dürfen ebenfalls nicht unterschätzt werden. Dies vor allem vor dem Hintergrund der vorherrschenden fiskalischen Ideologien. In Russland gibt es aufgrund der Erfahrungen der 1990er Jahre eine ideologische Abneigung gegenüber hohen schuldenfinanzierten Defiziten sowie der Monetisierung von Staatsschulden (also »Staatsschuldenfinanzierung durch die Notenpresse«). Damit ist eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik – angesichts der Staatsschulden von 12 Prozent des BIP gäbe es Spielraum – unwahrscheinlich. Der Staat verfügt sogar noch über fiskalpolitische Puffer in Form von zwei Reservefonds (in die Haushaltsüberschüsse aus dem Rohstoffboom auf die Seite gelegt werden) in Höhe von 9 Prozent des BIP. Um die fiskalischen Puffer allerdings in einem nennenswerten Umfang zu erhalten, sollten diese nicht über das in der Krise 2014/2015 vorgesehene Volu-

men von bis zu 4–5 Prozent des BIP hinaus angezapft werden. Die fiskalischen Puffer sind ein zentraler Anker, um das Investorenvertrauen und die Länderrisikoeinschätzung Russlands nicht noch weiter sinken zu lassen. Angesichts der ideologischen und faktischen Limitationen sind die fiskalischen Optionen Russlands eindeutig begrenzt, was den Wachstums- und den staatlichen Investitionsspielraum einengt. Dies gilt auch für sogenannte »Leuchtturm-« oder Megainvestitionsprojekte, mit denen bisher versucht wurde, die Investitionstätigkeit zu stützen, die im Vergleich zu erfolgreichen aufstrebenden Ökonomien bei niedrigen 20 Prozent des BIP liegt.

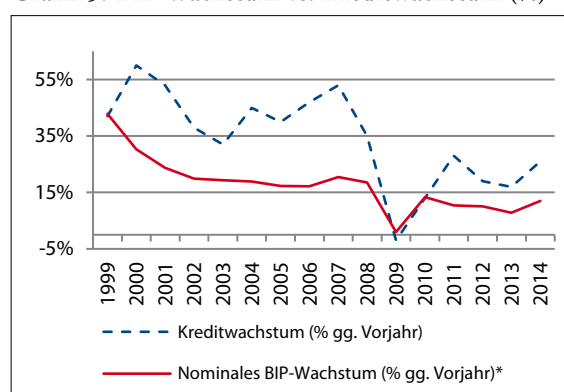
Verschuldung im Privatsektor nicht mehr niedrig – Deleveraging angelaufen¹

Lange war der Bankensektor ein Katalysator des Wachstums in Russland. Über eine Dekade lang haben die Kredite viel stärker zugelegt als die Wirtschaftsleistung, die Relation »Kredite zu BIP« stieg von 2000 bis 2014 – auch in Zeiten starken BIP-Wachstums – von ca. 10 auf 60 Prozent an. Solch ein Anstieg des Verschuldungsgrades, ausgehend von einem niedrigen Niveau, wirkt sich durch Rückkoppelungseffekte positiv auf das Wachstum aus. Hohes Kreditwachstum kann so kurz- bis mittelfristig ein BIP-Wachstum unterstützen – auch über Potenzialwachstum, wie in Russland in den letzten Jahren. Die in so einem Prozess vergebenen Kredite sind aber immer eine Wette auf eine weiterhin positive Zukunft. Insofern stellen die negative Wirtschaftsentwicklung der letzten Quartale sowie der schwache Ausblick Kreditnehmer und -geber kurz- und mittelfristig vor Herausforderungen. Und durch den starken Anstieg der Kredite seit dem Jahr 2000 kann Russland nun nicht mehr als Volkswirtschaft mit niedriger Finanzintermediation gelten. Des Weiteren sind angesichts der Rubelschwäche bei Fremdwährungskrediten Kreditschuld und Rückzahlungsraten gestiegen. Angesichts des Anstiegs von Zinsen und Risikoprämien auf dem russischen Bankenmarkt lässt sich nun ohnehin nur eine geringere Kreditlast tragen. Der Spielraum zur Neukreditvergabe, ohne hohe Kreditrisiken, ist damit fundamental limitiert. Es könnte sogar eine Phase bevorstehen, in der die Kredite geringer zulegen als die Wirtschaftsleistung. Des Weiteren kämpfen russische Banken mit weiteren kurzfristigen Limitationen. Die Markturbulenzen der letzten Monate sowie die rapide steigende Menge notleidender Kredite zehren an Rücklagen und Eigenkapital

1 Deleveraging – von Banken oder Unternehmen vorgenommene Substitution von Fremdkapital durch Eigenkapital bzw. die Reduktion von Fremdkapital, wodurch eine Verminderung der Verschuldungsposition (Leverage) und damit des eingegangenen Risikos erreicht wird; d. Red.

talpuffern. Auch das Einlagenwachstum schwächt sich ab, was angesichts limitierter internationaler und einheimischer Refinanzierung (ausgenommen Notenbankfinanzierung) ebenso den Spielraum begrenzt. Zudem müssen sich viele russische Firmen nun auf dem einheimischen Markt in Rubel finanzieren. Hier sind die Zinsen höher als auf den internationalen Märkten. Der Prozess des internationalen Schuldenabbaus bzw. der Substitution durch inländische Finanzierung – soweit

Grafik 5: BIP-Wachstum vs. Kreditwachstum (%)



* Reales BIP-Wachstum + Konsumentenpreis-inflation
Quelle: nationale Quellen, CBR, Weltbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

möglich – erklärt auch, warum die Auslandsschulden des privaten Sektors derzeit fallen, während die Schulden bei heimischen Banken noch zunehmen. Allerdings sind bei lokal vergebenen Krediten die Laufzeiten kürzer, was vor allem Projekt- und Investitionsfinanzierungen erschwert. Dies ist im aktuellen Umfeld weniger problematisch, aber mittelfristig ein Engpassfaktor. Insgesamt wird der russische Bankensektor unter den aktuellen Rahmenbedingungen kaum einen Anschlag zu solidem Wirtschaftswachstum geben können. Angesichts zunehmender Herausforderungen agieren auch in Russland tief verwurzelte westliche Auslandsbanken vorsichtig bzw. haben Expansionsstopps oder Reduktionspläne angekündigt. Zumal 70 Prozent der Bankaktiva einen Moskau- und St. Petersburg-Bezug haben und die aktuelle und erwartete Wirtschaftslage für die dort ansässigen wohlhabenderen Privatkunden und oft international tätigen Firmenkunden besonders hohe Herausforderungen mit sich bringt.

Explizite »Weichwährungspolitik« keine Option

Empirisch gesehen waren viele Ökonomien (Industrie- oder Entwicklungsländer) erfolgreich, die ihren Exportsektor bzw. dessen preisliche oder qualitative Wettbewerbsfähigkeit gezielt gestützt haben. Vor allem

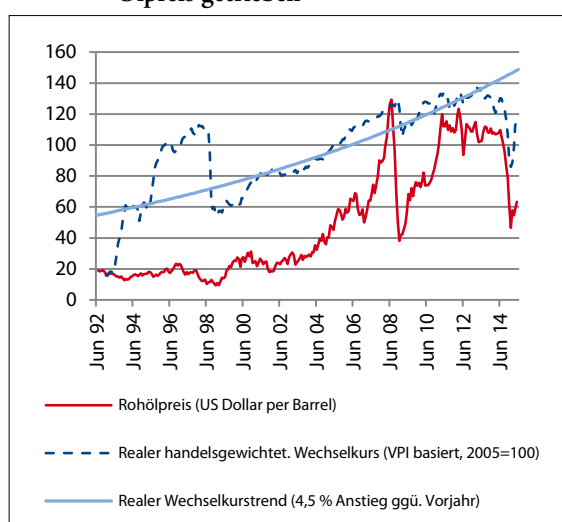
der nominale bzw. reale Wechselkurs ist eine zentrale Stellschraube der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die zudem rasch wirken kann. Diesen Ansatz hat Russland im Boom vor 2008 verfolgt, als die Behörden versuchten, den Rubel nicht zu stark werden zu lassen, um die sogenannten »holländische Krankheit« zu vermeiden. Insofern hat die massive nominale Rubel-Abwertung der letzten 12–18 Monate um kumuliert 30 Prozent die Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Der reale Wechselkurs, der von 2009 bis 2013 um 20 Prozent angestiegen war, ist um 30 Prozent gefallen, was ihn auf das Niveau von 2005 zurückwirft. Daher ist es kein Zufall, dass einige heimische oder internationale Produzenten, die bisher auf den Heimatmarkt fokussiert waren, sich nun im Export versuchen. Einigen internationalen Investoren ist es gelungen, beim aktuellen Rubelkurs erfolgreich aus Russland heraus zu exportieren. Daher ist es nachvollziehbar, dass die Notenbank sich unlängst gegen eine zu starke Rubel-Erholung stemmte. Der preisliche Entlastungseffekt durch die nominale Rubel-Abwertung sollte aber auch nicht überschätzt werden. Der durch die Abwertung ausgelöste Inflationsanstieg schlägt partiell auf die Nominallöhne durch, so dass der Rubel real wieder aufgewertet wird und Russland also wieder etwas an preislicher Wettbewerbsfähigkeit einbüßt.

Mittelfristig könnten neben Exporteuren auch offizielle Akteure ein Interesse an einem schwachen Rubel haben. Der Staatshaushalt und einige staatsnahe Firmen profitieren tendenziell von einer moderaten Rubel-schwäche, da hier ein Großteil der Einnahmen fremdwährungsabhängig ist, auf der Ausgabenseite aber der Rubel dominiert. Ein schwächerer Rubel vermindert auch bei niedrigeren Energiepreisen Einnahmeverluste »auf dem Papier«, so dass Staatsausgaben (z. B. Sozialausgaben) weniger stark sinken müssen, als wenn der Ölpreiseffekt voll durchschlagen würde. Die Möglichkeit, vordergründig Transfereinkommen hoch zu halten ist im aktuellen politischen Setting von besonderer Bedeutung. Die Staatsmittel verlieren aufgrund der Kursschwäche und der höheren Inflation allerdings an Kaufkraft, so dass eine Ausgabenkürzung durch die Hintertür erfolgt.

Zudem haben die letzten Monate die Risiken eines schnellen und starken Rubelverfalls für das Vertrauen, das Investitionsklima und vor allem für den Bankensektor aufgezeigt. Bei größeren Privatbanken machen die US-Dollarkredite etwa 40 Prozent der Kredite aus, bei den großen Staatsbanken sind es immerhin knapp über 20 Prozent. Insofern erscheint eine Ausrichtung, die auf eine prononcierte »Weichwährungspolitik« abzielt, wenig zielführend. Sie bringt in einer teilweise dollarisierten und von Kapital- und Konsumgüterimporten abhängigen Ökonomie wie Russland auch Nachteile für heimi-

sche Wirtschaftsakteure. Wie bereits beschrieben, treibt eine zu starke und rasche Rubelabwertung so (bei noch

Grafik 6: Reale Wechselkursentwicklung stark vom Ölpreis getrieben



Quelle: Reuters, OECD, BIS, Raiffeisen RESEARCH

vorhandenen substantiellen Importabhängigkeiten) auch die Inflation und Lohnentwicklung nach oben. Insofern müssten erst die Importabhängigkeiten substantiell reduziert werden, um mehr Abwertungsspielraum zu schaffen.

Importsubstitution mit wenig Wachstumspotenzial

Derzeit gibt es einen politischen Hype um die sogenannte Importsubstitution, die allerdings auch aus der Not geboren ist. Ölpreisverfall, Rubelabwertung, erschwelter Kapitalmarktzugang, Sanktionen und Gegensanktionen belasten die Importe ohnehin massiv. Die Importe sind in den ersten Monaten in 2015 um 35–40 Prozent zurückgegangen. Zudem lässt sich der Fokus auf die Importsubstitution auch damit erklären, dass so westlichen Firmen eine sinkende Marktpräsenz droht.

Bis zu einem gewissen Grad ist die Debatte um Importsubstitution positiv. So wird eine aktivere Industriepolitik gefördert. Allerdings ist der Fokus auf Importsubstitution auch kritisch zu beurteilen. Eingriffe zum Schutz einheimischer Firmen können »nur« auf dem (begrenzten) Heimatmarkt zu verbesserten Bedingungen führen. Letzteres ist der Kern des sogenannten »Infant Industry«-Arguments, erscheint aber angesichts des schwachen Wirtschaftsausblicks in Russland wenig attraktiv. Eine Importsubstitutionsstrategie erscheint daher derzeit weniger erfolgsversprechend als etwa eine Exportförderungsstrategie. Des Weiteren ist zu hinterfragen, warum im Kontext einer staatszen-

trierten Imports substitution in Russland nun Investitionen getätigt werden sollen, die vorher nicht erfolgten. Ohne massive Investitionen ist eine umfassende Imports substitution – besonders außerhalb des Agrarbereichs – angesichts der bereits hohen Auslastung bestehender Kapazitäten sowie der zunehmenden Überalterung des Kapitalstocks aber unrealistisch. Im Sinne der faktischen Limitationen für eine umfassende Imports substitution ist zu betonen, dass bisher etwa 40 Prozent der russischen Importe westliche Maschinen/Anlagen bzw. Technologie darstellten, die kurz- bis mittelfristig schwer substituierbar sind. Ohne tiefgreifende Struktur reformen und eine Verbesserung des Investitionsklimas erscheint eine Imports substitution insgesamt kaum erfolgsversprechend. In Japan und Südkorea konnte eine Imports substitution auf Boom-Märkten und bei Struktur reformen positive Effekte erzeugen, während viele lateinamerikanische Länder – ohne Reformen – mit solchen Strategien wenig erfolgreich waren bzw. langfristig stagnierten.

Investitionsklima und internationales Investorenvertrauen am Boden

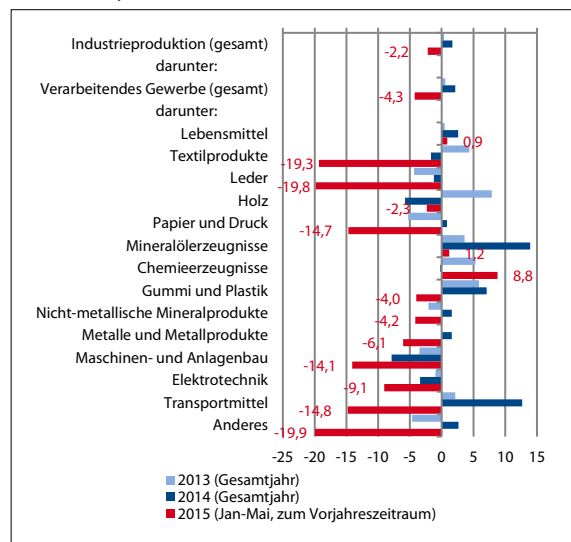
Den zuvor genannten Strategien (Imports substitution oder Exportförderung) ist gemein, dass sie Finanzierung und Investitionen erfordern. Hier geht es um einheimische Investitionsaktivität und/oder Ausländische Direktinvestitionen (ADI). Gefördert werden kann eine Imports substitution eben auch durch den Eintritt ausländischer Akteure in den Markt bzw. Kapital- oder Know-how-Transfer im Rahmen von Joint Ventures. Auch für eine Exportförderung sind ADI oder Joint Ventures meistens ein zentrales Element. Allerdings befindet sich derzeit die Einschätzung des Investitionsklimas durch einheimische oder internationale Akteure, auch durch solche, die in Russland schon lange präsent sind, auf einem Tiefpunkt. Vor allem bei den ausländischen Akteuren ist eine schnelle Kehrtwende unwahrscheinlich. Die Dominanz macht- und geopolitischer Darlegungen über wirtschaftspolitische und pragmatische Überlegungen hat viel Vertrauen und Planbarkeit zerstört. Diese Stimmung steht ganz klar im Gegensatz zur Situation in der Krise von 2008/2009, wo das Handeln des russischen Staates von Wirtschaftskreisen im In- und Ausland als sinnvoll und ökonomisch pragmatisch angesehen wurde.

Eurasische Wirtschaftsunion und Integration mit Asien als Wachstumstreiber?

Genauso wie um die Imports substitution gibt es derzeit einen Hype um eine prononciertere Ausrichtung nach Asien. Letztere spielt nun in offiziellen Darstellungen eine größere Rolle als vorige Bestrebungen zur Etablierung einer Eurasischen Wirtschaftsunion. Aller-

dings verspricht die Hinwendung nach Asien, kein massiver Wachstumstreiber für Russland zu sein. Es geht eher um eine strukturerhaltende Umlenkung bei Energieexporten von Westeuropa nach Asien (soweit technisch und wirtschaftlich möglich), als um die Erschlie-

Grafik 7: Rezession trifft die meisten Industriebranchen (Veränderung in Prozent, ggü. Vorjahreszeitraum)



Quelle: Reuters, Rosstat, RBI/Raiffeisen RESEARCH

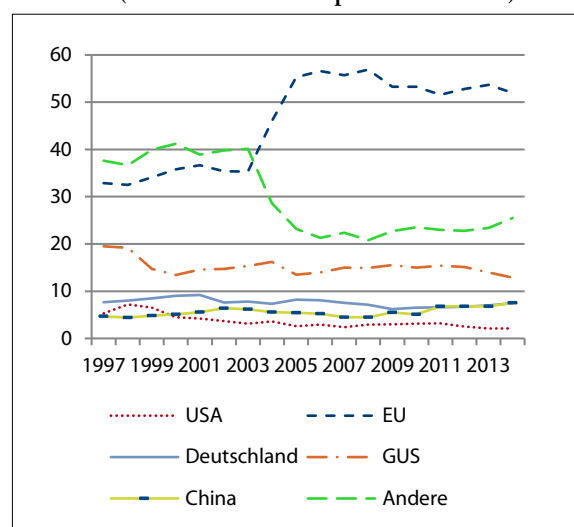
ßung neuer Märkte mit neuen Exportprodukten. Eher scheint es, dass China weiter erfolgreich seinen Anteil an den Importen in Russland ausbauen wird, was kein Wachstum für Russland bedeutet und nur begrenzte Möglichkeiten der Substitution von westlichen Technologien bietet. Und trotz aller Bekundungen ist das derzeitige Engagement Chinas in Form von bereits vorhandenen ADI oder der Präsenz chinesischer Banken vor Ort im Vergleich zum Engagement westlicher und vor allem westeuropäischer Firmen bescheiden. Auf dem russischen Bankenmarkt betragen die bisherigen Engagements chinesischer Banken etwa 2–3 Prozent der Aktiva der großen westlichen Banken. Angesichts solcher Dimensionen kann ein verstärktes Engagements Chinas vorerst – in einem eher optimistischen Szenario – vorsichtigere Engagements westlicher Akteure nur partiell kompensieren, was noch keine Wachstumsimpulse impliziert.

Stagnation wahrscheinlichstes Szenario

Angesichts der Gesamtlage ist – im aktuellen institutionellen Rahmen – eine längere Stagnation das wahrscheinlichste Szenario, zumal es Indikatoren gibt, dass sich die Politik mit solch einem Szenario anfreunden kann. Von offizieller Seite wurde auf dem Petersburger

Wirtschaftsforum betont, dass trotz schwacher Zahlen die »innere Stärke« der russischen Wirtschaft wachse, was plumpe Autarkieüberlegungen widerspiegelt. Präsident Putin glänzte in Petersburg eher mit für viele Wirtschaftsakteure enttäuschenden Durchhalteparolen als

Grafik 8: Die EU bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Absatzmarkt für russische Exporte (Anteil der Warenexporte in Prozent)



Quelle: Reuters, Rosstat, RBI/Raiffeisen RESEARCH

durch Anerkennung der Reformbaustellen und Restriktionen. Es scheint so zu sein, dass die westlichen Sanktionen eine opportune Entschuldigung für Strukturprobleme sind. Zumal eine »säkulare Stagnation« besonders die an ein stärkeres Wachstum gewöhnte Mittelschicht und – solange der Sozialstaat finanziert werden kann – weniger die Transferempfänger bzw. die unterentwickelten Landesteile (die traditionelle Stützen des politischen Systems) treffen würde bzw. so teils erhebliche regionale soziale Diskrepanzen schrumpfen lassen könnte.

Die Implikationen einer »säkularen Stagnation« sollten allerdings auch nicht unterschätzt werden. Noch setzen viele Wirtschaftsakteure auf das »ewig« wirkende Potenzial Russlands als einer sich nach einem Schock rasch erholenden Ökonomie. Historisch wäre nach der Rezession von 2015 ein solcher sogenannter »Rückpralleffekt« zu hohem Wachstum (ausgehend von niedrigem Niveau) zu erwarten. Allerdings haben sich solche Entwicklungen in Russland immer unter anderen Umfeldbedingungen als den derzeitigen vollzogen. Angesichts noch vorhandener Hoffnungen auf einen Rückpralleffekt kann eine Phase der länger andauernden Stagnation damit mehr Potenzial zur Unzufriedenheit haben, als es derzeit erscheint. Zumal 2014 und 2015 der private Sektor das Gros der Anpassung trägt. Die Rubelabwer-

tung und die hohe Inflation haben einen massiven Rückgang des Konsums, der Importe und damit des externen Finanzierungsbedarfs zur Folge. Sorgen um die makrofinanzielle Stabilität Russlands bzw. um die Devisenreserven haben somit abgenommen. Bei einem Einbruch des Konsums um sechs Prozent in diesem Jahr und der Investitionen von knapp zehn Prozent und einer Stagnation dieser Kenngrößen im nächsten Jahr liegen die Importe Russlands 2015 und 2016 in US-Dollar gerechnet bei ca. 200–230 Milliarden, 2011 bis 2013 waren es im Schnitt 330 Milliarden. Damit sind die Importe um 35–40 Prozent eingebrochen, während der Export »nur« um 25–30 Prozent eingebrochen ist, so dass sich der Handelsbilanzüberschuss stabil hält. Auf einem geringen Niveau der Importe und Investitionen kann Russland so deutlich länger von seinen Reserven leben als zuvor. Daher trägt aktuell und wohl auch in den kommenden Jahren vor allem der private Sektor die Hauptlast der gesamtwirtschaftlichen Schwäche Russlands.

Erhebliche wirtschaftspolitische Fragezeichen

Der schwache Wirtschaftsausblick sowie die skizzierten wirtschaftspolitischen Dilemmata resultieren in einer erheblichen mittelfristigen wirtschaftspolitischen Unsicherheit. In den Jahren 2016 und 2017 kann die Fiskalpolitik weniger stützend wirken als noch in 2014 und 2015. Will die Regierung das Ziel eines relativ ausgeglichenen Haushaltes weiter verfolgen, wird dies erhebliche Ausgabenanpassungen in den Jahren 2016 und 2017 erfordern, was politisch herausfordernd sein wird. Daher gibt es trotz aktuell geringerer Risiken im Sinne der makrofinanziellen Stabilität Investorenorgen in Bezug auf die Stabilitätsorientierung in der Fiskal- bzw. Wirtschaftspolitik. Des Weiteren könnte es steigenden Druck auf weitere Akteure geben, etwa die Notenbank oder große staatsnahe Geschäftsbanken, damit diese mit einer »Wachstumsagenda« die Regierung unterstützen. Bei nicht adäquaten strukturellen Voraussetzungen könnten so neue Risiken entstehen. Zudem könnte so ein Teil der graduellen institutionellen und wirtschaftspolitischen Fortschritte der letzten Jahre zu Nichte gemacht werden, etwa die Flexibilisierung des Wechselkurses, die Stärkung der Notenbank als unabhängiger Akteur oder die Öffnung der Kapitalmärkte.

Angesichts des schwachen Ausblicks sowie der wirtschaftspolitischen Fragezeichen, ist es nicht verwunderlich, dass die Investitionstätigkeit inländischer und internationaler Akteure in Russland darnieder liegt. Vor allem ausländische Investoren agieren derzeit in für sie attraktiven heimischen Sektoren – wie der Automobilbranche, den Banken oder dem Einzelhandel – vorsichtig und fahren Engagements eher zurück. Solche Prozesse basieren bis dato »nur« auf deutlich negativeren Planungen für

den heimischen Markt bzw. die Kaufkraft. Zudem wird der schwache gesamtwirtschaftliche Ausblick auch den Prozess des Aufholens der anderen Regionen Russlands im Vergleich zu Moskau und St. Petersburg abschwächen; viele Geschäftsstrategien versuchten in den letzten Jahren diesen Trend auszuspielen. Nur im Energiesektor gibt es noch Neugeschäfte ausländischer Marktakteure in nicht sanktionierten Bereichen; allerdings ist für solche Transaktionen der Binnenmarkt in Russland weniger relevant.

Bei vielen, in Russland lange präsenten, westlichen Firmen, die auf den heimischen Markt ausgerichtet sind, wird aber noch kein materieller Rückbau des Russland-Engagements betrieben. Es gibt noch Hoffnung, dass ein wirtschaftspolitischer Pragmatismus zurückkehrt. Teils werden solche Aussichten immer noch mit der Spekulation auf einen erhöhten Machteinfluss wirtschaftsna-

her Akteure verbunden; etwa wenn die ökonomischen Zwänge größer werden bzw. ein Rückfall Russlands hinter andere aufstrebende Volkswirtschaften regionale und geopolitische Ambitionen begrenzen sollte. Interessant ist in diesem Kontext die auf dem Petersburger Wirtschaftsforum geäußerte Forderung von Ex-Finanzminister Kudrin durch vorgezogene (Neu-)Wahlen (die wohl keine Änderungen an der Staatsspitze, wohl aber eine auf der Ebene darunter bringen könnten) die Reformausrichtung zu stärken. Sollten sich noch vorherrschende moderat optimistische Zukunftserwartungen in Bezug auf eine Rückkehr der ökonomischen Rationalität in das politische Denken und Handeln in Russland allerdings nicht bestätigen, könnte dies zu einer noch kritischeren Sicht bei heimischen und ausländischen Investoren führen.

Über die Autoren

Gunter Deuber leitet die Analyseabteilung Osteuropa für Volkswirtschaft und Bankensektoren bei der Raiffeisen Bank International AG in Wien, einer der größten in Russland tätigen Auslandsbanken.

Andreas Schwabe ist Senior Economist bei der Raiffeisen Bank International AG in Wien.

Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

Tabelle 1: Wichtige Wirtschaftsindikatoren und Wirtschaftsprognosen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015e	2016f
BIP (EUR Mrd.)	880	1.150	1.370	1.560	1.560	1.400	1.230	1.360
BIP/Kopf (EUR)	6.200	8.000	9.600	10.900	10.900	9.700	8.600	9.500
Reales BIP (% p.a.)	-7,8	4,5	4,3	3,4	1,3	0,6	-4,0	0,5
Priv. Haushalte (% p.a.)	-5,1	5,5	6,8	7,9	4,7	1,9	-6,0	1,0
Anlageinvestitionen (% p.a.)	-14,4	5,9	9,1	6,6	1,4	-2,5	-8,0	0,0
Industrieproduktion (% p.a.)	-9,3	8,2	4,7	2,6	0,3	1,7	-4,0	1,0
Verbraucherpreise (Dez, p.a.)	8,8	8,8	6,1	6,6	6,5	11,4	11,5	8,0
Verbraucherpreise (Jahresschnitt, p.a.)	11,8	6,9	8,5	5,1	6,8	7,8	15,2	7,5
Arbeitslosenquote (%)	8,4	7,5	6,6	5,7	5,6	5,3	6,5	6,5
Öffentl. Budgetsaldo (% BIP)	-6,3	-3,5	1,6	0,4	-1,0	-1,0	-4,2	-3,0
Öffentl. Schulden (% BIP)	8,3	9,3	10	11	11,3	11,5	12,5	13,5
Leistungsbilanzsaldo (% BIP)	4,1	4,4	5,1	3,6	1,6	3,5	3,7	2,7
Direktinvestitionen (netto, % BIP)	-0,5	-0,6	-0,6	0,0	-0,5	0,0	-0,7	0,0
Währungsreserven (Dez, EUR Mrd.)	291,0	331,0	350	369	343	279	329	353
Aussenschuld (Dez, brutto, % BIP)	37,1	31,7	30	31	33,8	35,4	37,7	31,6
EUR/LCY (Jahresschnitt)	44,1	40,3	40,9	39,9	42,3	51,0	64,4	64,6
USD/LCY (Jahresschnitt)	31,7	30,4	29,4	31,1	31,9	38,6	58,0	59,3

Quelle: Reuters, Rosstat, Russische Zentralbank, Raiffeisen RESEARCH

Inlandsinvestitionen und »deofschorisazija« – ein Paradigmenwechsel in der russischen Finanzpolitik?

Ewa Dąbrowska, Amsterdam/Berlin

Zusammenfassung

Putins zunehmend anti-westliche Ideologie zeigt sich auch in der Wirtschaftspolitik. Seit 2012 fördert die russische Regierung verstärkt Investitionen aus inländischen Kapitalquellen und versucht, russisches Kapital aus Steueroasen in das nationale Wirtschaftssystem zurückzuholen. Beide Maßnahmen sind angesichts der Krise 2008/2009 sowie der derzeitigen Krise vordringlicher geworden, zeigen aber bis jetzt nur mäßigen Erfolg. Es ist unklar, ob diese Initiativen Putins darauf abzielen, russische Oligarchen »patriotischer« zu machen, oder ob sie als Beruhigungsmaßnahme für die Bevölkerung und nationalistische Intellektuelle dienen, die in Russland zunehmend eine Deutungshoheit haben. Angesichts der engen Verflechtung der russischen Wirtschaft mit der globalen Wirtschaft (einschließlich des Netzwerks von Steueroasen) und angesichts der Schwäche des russischen Finanzsystems werden diese Maßnahmen nicht leicht zu realisieren sein.

Rechte Ideen in der russischen Wirtschaftspolitik

Putins Präsidentschaft zeichnet sich seit 2012 durch eine verstärkt anti-westliche und anti-liberale Rhetorik und Politik aus. Diese ideologische Wende ist bis vor kurzem nicht konsistent mit Russlands wirtschaftlicher Praxis gewesen, insbesondere mit der Politik der führenden Konzerne, wie vor allem nationalistische Akteure immer wieder betonten. Zum rechten Lager der russischen Politik gehören unter anderem Abgeordnete der Kommunistischen Partei, der »Liberal-Demokraten« von Schirinowskij sowie der von Rogosin und Glasjew reaktivierten Partei »Rodina«, Intellektuelle des »Isborskij Klub« sowie mit ihnen sympathisierende Teile des russischen Militärs, des militärisch-industriellen Komplexes, der Geheimdienste und anderer staatlicher Strukturen. »Einiges Russland« und die Präsidentschaftsadministration repräsentieren zwar einen »zentristischen Nationalismus«, haben aber in den letzten Jahren viele Deutungsmuster von nationalistisch denkenden Eliten übernommen. Russische Oligarchen galten in ihrem Diskurs schon lange als Verräter nationaler Interessen. Die Tatsache, dass Oligarchen ihre Gewinne im Ausland, bevorzugt in Steueroasen, anlegen, statt sie in Russland zu investieren, wurde heftig kritisiert. Das galt besonders für Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft, da natürliche Ressourcen im »patriotischen« Diskurs als nationaler Reichtum gelten, von dem das ganze Volk profitieren sollte. Aus dem gleichen Grund sorgte die seit 2004 betriebene Politik der russischen Regierung, Überschüsse aus dem Ölgeschäft in Form von staatlichen Ölfonds in westlichen Staatsanleihen anzulegen, für einen Aufschrei, nicht zuletzt in den regierungstreuen Medien.

Seit 2012 reagiert die russische Führung auf Forderungen der nationalistischen Akteure, zumindest einen

Teil der Ölgewinne im Inland zu investieren. Auch ist sie scheinbar bemüht, das russische Kapital aus den Steueroasen ins Inland zurück zu holen (russ.: »deofschorisazija« – »Ent-Offshorisierung«). Kann diese Politik angesichts der engen Verflechtung der russischen Wirtschaft mit dem globalen Finanzsystem gelingen? Und trägt sie, als eine Folge der Wirtschaftskrisen, zur Abschottung des russischen Finanzsystems im Sinne der patriotischen Eliten bei?

Einbindung der russischen Wirtschaft in das globale Finanzsystem

Die Einbindung der russischen Wirtschaft in die globale Ökonomie lässt sich am besten anhand der Struktur der internationalen Finanzströme demonstrieren. Aufgrund des kapitalschwachen nationalen Finanzmarktes waren expansionswillige russische Großunternehmen auch in der Ölboom-Periode 2000–2008 gezwungen, finanzielle Ressourcen aus dem Ausland zu beziehen. Sie nahmen Kredite bei ausländischen Banken auf, verkauften ihre Anleihen an ausländische Investoren und führten Börsengänge an internationalen Finanzbörsen durch. Diese Dynamik führte dazu, dass die private Auslandsverschuldung der russischen Wirtschaft wuchs, parallel zu den Bemühungen der russischen Regierung, die staatlichen Schulden zurückzuzahlen. So betrug im Jahr 2006 die Auslandsverschuldung der russischen Banken und Unternehmen 261,9 Mrd. US-Dollar, 2007 bereits 424,7 Mrd. und 448,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008. Bezeichnenderweise waren staatliche oder halbstaatliche Konzerne, wie z. B. »Gazprom«, »Rosneft«, die Russischen Eisenbahnen RZD, »Transneft«, »VTB« und »Sberbank« für bis zu 75 % dieser Summe verantwortlich. Diese Summe entsprach in etwa dem Volumen der ausländischen Reserven, die von der Russischen Zentralbank gehalten wurden, einschließlich des Stabilisie-

rungsfonds: Im Jahr 2006 betragen diese 303,7 Mrd. US-Dollar, 2007 bereits 476,4 Mrd. und 2008 lagen sie bei 427,1 Mrd. US-Dollar (zur Entwicklung des Nationalen Wohlfahrtsfonds siehe die Grafik auf S. 12). Die Reserven wurden wiederum in ausländischen Staatsanleihen angelegt oder in ausländischer Währung gehalten.

Erschwerter Zugang zu finanziellen Ressourcen aus dem Ausland nach den Krisen 2008/2009 und 2014/2015

Die Finanzkrise 2008/2009 hat das oben beschriebene makroökonomische Modell infrage gestellt, dem zufolge vor allem Regierung und Zentralbank die Stabilität des Finanzsystems aufrechterhalten, indem sie substantielle Reserven akkumulieren. In der zweiten Hälfte 2008 waren ausländische Banken aufgrund ihrer eigenen verschlechterten finanziellen Situation nicht mehr bereit, die Kredite russischer Firmen zu verlängern und verlangten ihre Rückzahlung. Daraufhin baten die russischen Oligarchen den Staat um Hilfe. Ein Rettungspaket wurde geschnürt, infolge dessen die Auslandskredite von der russischen Entwicklungsbank »Vneshekonombank« (VEB) aufgekauft wurden. Dafür wurden insgesamt 50 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Doch nur rund ein Viertel davon wurde genutzt. Nachdem sich die Lage auf den internationalen Finanzmärkten stabilisiert hatte, kehrte man jedoch erneut zum alten Modell zurück. Die »private« Auslandsverschuldung betrug wiederum über 400 Mrd. US-Dollar.

Erst die politische Krise 2014/2015 stellte diese Praxis auf die Probe. Gerade diejenigen Firmen, die am meisten von ausländischen Krediten profitiert hatten, wurden von westlichen Sanktionen getroffen, die nach der Krim-Annexion verhängt wurden. Darunter fanden sich Unternehmen wie Gazprom, Rosneft, und Transneft und Banken wie die VTB, Sberbank, Gazprombank sowie Vneshekonombank, denen von nun an der Zugang zu ausländischen Finanzmärkten verwehrt wurde. Obwohl viele dieser Firmen Tochtergesellschaften im Ausland haben, die ihnen Ressourcen bereitstellen können, bekamen sie Liquiditätsprobleme. Aus diesem Grund beantragten sie daraufhin Gelder aus dem »Fonds der Nationalen Wohlfahrt« (FNW).

Eine Wende hin zu einer »patriotischen« Finanzpolitik?

Auch die russische Finanzpolitik folgte in der Zeit des Ölbooms einem liberal-konservativen Modell: Die Regierung sparte einen Großteil ihrer Einnahmen oder investierte sie. Trotz wachsender Staatsausgaben wurde jedes Finanzjahr mit einem Haushaltsüberschuss von bis zu 8 % abgeschlossen. Darüber hinaus bildete die Regierung substantielle Reserven, indem sie Einnahmen aus

den Steuern auf Ölgewinnung (Steuer auf die Förderung von Bodenschätzen, russ.: NDPI) und aus Exportzöllen im Stabilisierungsfonds akkumulierte, der 2008 in den »Reservefonds« und den »Fonds der Nationalen Wohlfahrt« aufgeteilt wurde. Dieses Modell löste eine Kontroverse in der russischen Gesellschaft aus, da der Eindruck entstand, die Regierung verknappe künstlich das Geld in Zeiten des Überflusses. Dies geschah tatsächlich mithilfe einer Politik der sogenannten »Sterilisation« (d. h. einer Reduzierung der nationalen Geldmenge um die Summe der Öleinnahmen, die im Stabilisierungsfonds angelegt werden). Diese Gelder standen allerdings der Wirtschaft in Krisenzeiten zur Verfügung, waren also nicht vollkommen gelöscht, wie der Begriff der Sterilisation nahelegen würde.

Sowohl die nationalistisch-konservativen Politiker, Ökonomen und Intellektuellen, als auch große Teile der Wirtschaftselite und der Bürokratie forderten noch vor der Krise, den Stabilisierungsfonds (und später den FNW) für inländische Investitionen zu verwenden. Auf diese Forderungen ging Putin nur partiell ein, indem 2007 etwa ein Zehntel des Stabilisierungsfonds in den neu entstandenen Entwicklungsinstitutionen – der Entwicklungsbank, der Staatskorporation »Nanotechnologii« (heute: »Rosnano«) – und im Investitionsfonds angelegt wurde. Als ähnlich kontrovers galt die Tatsache, dass die russische Wirtschaft massiv auf Offshore-Standorten beruhte, d. h. auf ausländischen Steueroasen. Offshore-Standorte werden nicht nur dazu genutzt, um dem Fiskus zu entfliehen, sondern auch, um Geld aus Korruption und anderen illegalen Geschäften zu »recyclen« und im besten Falle als verkappte ausländische Investitionen in die inländische Wirtschaft zurückzubringen. Laut der Organisation »Global Financial Integrity« hat Russland seit 2008 einen illegalen Abfluss von Kapital von über 100 Milliarden US-Dollar jährlich verzeichnet (mit einem Maximum von 187 Mrd. im Jahr 2011) und damit im globalen Ranking nach China den zweiten Platz eingenommen.

Nach der Krise 2008/2009 änderte sich zum Teil die wirtschaftspolitische Orientierung der russischen Regierung. Die Ölfonds wurden zwar angezapft, sowohl um die ausfallenden Haushaltsausgaben zu ersetzen, als auch zur Stützung des Finanzmarktes und der Banken, aber es erfolgten nur wenig staatliche Investitionen. Erst die aktuelle Krise hat die russische Regierung dazu bewegt, ein umfassendes, aus dem FNW finanziertes Investitionsprogramm einzuleiten.

Öffnung des »Fonds der Nationalen Wohlfahrt«

Im Zuge einer neuen »patriotischen« Politik entschied Putin im November 2013 bezeichnenderweise, einen

der Nachfolger des Stabilisierungsfonds – den FNW – komplett für öffentliche Investitionen freizugeben. In den Jahren 2004–2007 hatten Experten und Staatsvertreter noch heftige Diskussionen darüber geführt, ob eine solche Maßnahme vertretbar sei. Insbesondere liberale Ökonomen befürchteten, dass das eine Hyperinflation auslösen könnte, da solch eine Maßnahme der makroökonomischen Politik einer »Sterilisierung« der Geldmenge zuwiderlaufen würde. Die nationalistischen Akteure wiederum protestierten dagegen, dass die Ressourcen des Fonds in westliche Staatsanleihen investiert wurden, statt der nationalen Wirtschaft zugute zu kommen. Graduell überwog sowohl im Diskurs als auch in der realen Politik die investitionsfördernde Option. Die wurde von der durch die Sanktionen bedingten Krise 2014–2015 zusätzlich gestärkt. So wurde Anfang 2015 endgültig entschieden, die Gelder aus dem Fonds für konkrete Ziele freizugeben, etwa für Infrastrukturprojekte der Eisenbahn und der staatlichen (Straßenbau-) Holding »Awtodor«, für die Kapitalausstattung der VTB, der »Gazprombank« und der »Vneshekonombank«, für Investitionsprojekte von »Rosneft« und »Novatek« und des »Russischen Fonds für Direktinvestitionen« (siehe eine Auflistung der aktuellen Investitionsprojekte auf S. 13).

Dieser Politikwechsel hinsichtlich des Wohlfahrtsfonds hat eine symbolische Bedeutung: Das russische Finanzsystem entfernt sich dadurch noch weiter von internationalen Marktmechanismen und überlässt die Verteilung der finanziellen Ressourcen zunehmend der politischen Führung. So hat Putin im März 2015 entschieden, dass künftig nur noch er selbst Gelder aus dem Fonds verteilen darf; davor hatte auch die Regierung dieses Privileg genossen. Obwohl der ökonomische Sinn vieler Investitionsprojekte auch in Russland angezweifelt wird, insbesondere der von RShD durchgesetzte Bau der Verbindung Moskau–Kasan, vermitteln solche Projekte den Anschein einer aktiven Investitionspolitik. Diese lässt sich eher als »patriotisch« darstellen als die mit dem Stabilisierungsfonds assoziierte »Sterilisationspolitik«.

»Deofschorisazija«

Die Idee, russisches Kapital aus den Offshore-Standorten ins Inland zurück zu bringen, war bereits einer der Gründungsmythen von Putins Präsidentschaft. Die Jukos-Affäre 2003 und die Abschaffung der inländischen »Offshore«-Standorte (Regionen, die den russischen Firmen substantielle Steuervergünstigungen boten) im Jahr 2004 waren Ergebnisse einer rhetorischen Anti-Offshore-Kampagne während Putins erster Amtszeit. Darüber hinaus bereitete das russische Finanzministerium bereits 2007 Veränderungen in der Steuergesetzgebung vor, denen zufolge die von russischen

Staatsangehörigen kontrollierten ausländischen Firmen, unter anderem solche mit Sitz in Steueroasen, in Russland veranlagt werden sollten. Dennoch ist die Ende 2011 von Putin auf einer Versammlung des Unternehmerverbandes »Delowaja Rossija« angekündigte »deofschorisazija« ein besonderes Phänomen, vor allem, weil es durch weitere wirtschaftspolitische Entwicklungen befördert wird und mit der seit 2012 zunehmenden antiwestlichen Wende konsistent ist.

Ende 2011 hatte »deofschorisazija« noch bedeutet, dass eine Verbesserung des Unternehmensklimas angestrebt wurde, um Kapital aus den Offshore-Standorten nach Russland zurück zu holen. 2012 aber verschob sich der Fokus bereits auf die Steuerpolitik. Als Putin Ende 2013 in einer Botschaft an die Föderale Versammlung seine »deofschorisazija«-Idee präziserte, verschärfte das Finanzministerium dementsprechend die Steuergesetzgebung. Putin forderte, dass russische Firmen, die in ausländischen Steueroasen registriert sind, weder Zugang zu Krediten der Vneshekonombank, noch zu staatlichen Kreditgarantien genießen dürften. Des Weiteren sollten solche Firmen zukünftig keine Verträge mehr mit dem russischen Staat oder mit staatlichen Korporationen abschließen dürfen. Bisher hatten die im Ausland registrierten Firmen alle diese Privilegien erhalten, zumal die Nutzung von Offshore-Standorten durch russische staatliche Unternehmen gängige Praxis war. Russische Experten bezweifeln deshalb, ob eine »deofschorisazija« reale Erfolge bringen wird. Obwohl das Gesetz im Eiltempo verabschiedet wurde (es gilt ab 2015), nehmen die meisten wirtschaftlichen Akteure eine abwartende Haltung ein.

Trotz vieler Unklarheiten hinsichtlich der Folgen des Gesetzes für die Eigentümer von Offshore-Firmen, hat es bereits symbolische Wirkung entfaltet. Eine Reihe von Oligarchen, unter anderem Potanin und Deripaska, erklärten sich bereit, die Initiative der Regierung unterstützen zu wollen, indem sie entweder bekanntgaben, dass ihre Unternehmen keine Offshore-Strukturen nutzen oder dieser Praxis umgehend ein Ende setzen zu wollen. Angesichts der durch die Sanktionen bedingten eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland sind russische Oligarchen nun besonders daran interessiert, Zugang zu neuen entwicklungspolitischen Instrumenten des Staates zu erhalten. Wahrscheinlich zielt das »Ent-Offshoringgesetz« vor allem darauf ab, die Oligarchen im »patriotischen« Sinne zu disziplinieren.

Fazit: Kann die »patriotische« Wende in der russischen Finanzpolitik gelingen?

Es ist nicht zu erwarten, dass neue wirtschaftspolitische Maßnahmen der russischen Regierung, wie die Bereitstellung des Fonds der Nationalen Wohlfahrt für

Investitionen und die »deofschorisazija« das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Ihre Bedeutung ist eine andere. Die russische Führung versucht auf diese Weise, ein neues wirtschaftspolitisches Modell zu konstruieren, in dem zum einen die nationalen wirtschaftlichen Akteure weniger von ausländischen Ressourcen abhängig sein würden und zum anderen ein Anreiz geschaffen wird, diese Gewinne nicht mehr im Ausland zu horten, sondern direkt in die russische Wirtschaft zu investieren.

Während der Putin-Ära hat die jährliche Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) nie 25 % überstiegen. Materielle Aktiva sind in der russischen Wirtschaft im Durchschnitt erheblich veraltet. Ein realer Bedarf an Investitionen ist somit sehr wohl gegeben, aber es sind Zweifel angebracht, ob durch einige selektiv angelegte Investitionsprojekte die Probleme gelöst werden. Vielmehr müsste der Zugang zu Krediten für alle wettbewerbsfähigen

Firmen verbessert werden. Die russische Regierung unternimmt zwar solche Schritte mithilfe der Vneshekonombank, aber bislang zeigen auch diese Maßnahmen wenig Erfolg.

Nichtsdestotrotz dürften Initiativen wie die Öffnung des Fonds der Nationalen Wohlfahrt und die »deofschorisazija« in der Bevölkerung und unter nationalistischen Akteuren Anklang finden, nicht zuletzt, weil sie den Anschein erwecken, die Regierung sei an der Herausbildung einer national orientierten Unternehmerschicht interessiert, die ihre Gewinne in die nationale Wirtschaft investiert, statt sie im Ausland vor dem Fiskus zu verstecken. Ein solcher Eindruck erscheint zunächst höchst idealisiert, kann aber mithilfe von Propagandamitteln durchaus glaubhaft gemacht werden. Es ist allerdings zweifelhaft, ob ein solcher Propaganda-Effekt von Dauer sein wird.

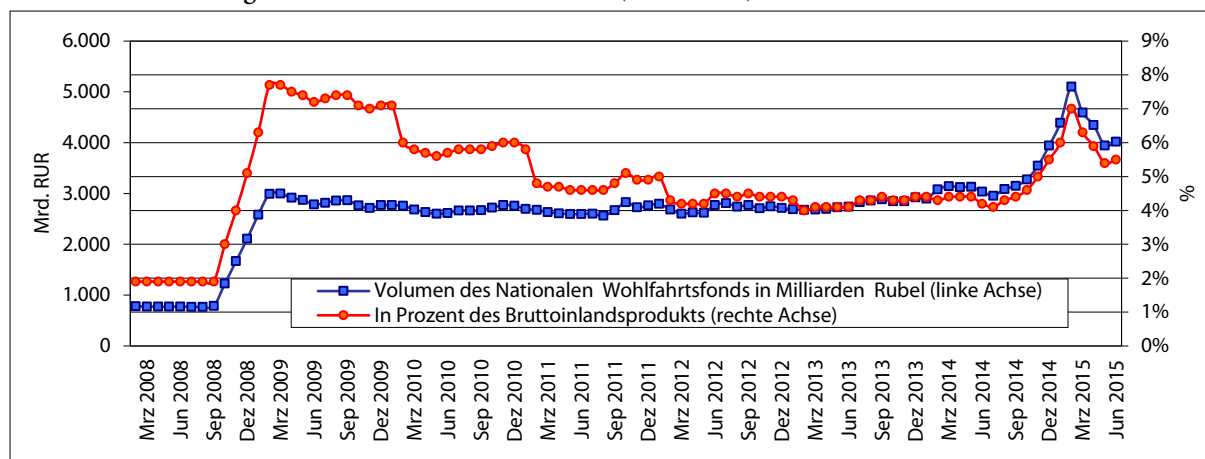
Über die Autorin

Ewa Dąbrowska ist Doktorandin an der Universität Amsterdam in der Projektgruppe »Politische Ökonomie und transnationale Governance«. In Ihrer Promotion untersucht sie den Wandel des kognitiven Modells der russischen Wirtschaftspolitik in der Putin-Ära im Verhältnis zur offiziellen Ideologie.

Lesetipps

- Dąbrowska, Ewa; Joachim Zweynert: Economic Ideas and Institutional Change. The Case of the Russian Stabilization Fund, in: *New Political Economy* 20.2015, Nr. 4, S. 518–544.
- Kar, Dev; Joseph Spanjers: Illicit Financial Flows from Developing Countries, *Global Financial Integrity: Washington D.C.*, Dezember 2014; <<http://www.gfintegrity.org/wp-content/uploads/2014/12/Illicit-Financial-Flows-from-Developing-Countries-2003-2012.pdf>>.
- March, Luke: Nationalism for Export? The Domestic and Foreign-Policy Implications of the New »Russian Idea«, in: *Europe-Asia Studies* 64.2012, Nr. 3, S. 401–425; <http://www.research.ed.ac.uk/portal/files/16376037/Nationalism_for_Export_2012_.pdf>.
- Nesvetailova, Anastasia: Why Sanctions Against Putin Aren't Working, in: *Newsweek*, 10. Juni 2015; <<http://www.newsweek.com/why-sanctions-against-putin-arent-working-341748>>.

Grafik 9: Entwicklung des Nationalen Wohlfahrtsfonds (2008–2015)



Quelle: Finanzministerium der Russischen Föderation <<http://www.minfin.ru/ru/performance/nationalwealthfund/statistics/>>, abgerufen am 29. Juni 2015

Tabelle 2: Investitionsprojekte finanziert durch den Nationalen Wohlfahrtsfonds

Investitionsprojekt	zuständiges Unternehmen	Bereitgestellte Mittel aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds (in Form von langfristigen Krediten) in Mrd. Rubel	In % der Gesamtkosten des Projektes
Eisenbahnlinie Elegest-Kysyl-Kuragino	Tuwinskaja Energetitscheskaja Promyschlennaja Korporazija	86,6	40
Produktionsanlagen für verflüssigtes Erdgas auf der Halbinsel Jamal	Nowatek	150	11,8
Zentralnaja Kolzewaja Awtomobilnaja Doroga – Autobahnnetz um Moskau	Awtodor	150	50
Modernisierung der Baikäl-Amur-Magistrale und der Transsibirischen Eisenbahn	Rossijkie Shelesnye Dorogi (RShD)	150	29,7
Ausbau der östlichen Seite der Baikäl-Amur-Magistrale	RShD	13,2	31,2
Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, die zu den Häfen in Nordwestrussland führt	RShD	22	4,6
Anschaffung neuer Triebfahrzeuge	RShD	60,2	29,6
Ausbau der Eisenbahninfrastruktur am Asowschen Meer	RShD	10,3	6
Kernkraftwerk »Chanchikivi-1« in Finnland	Rosatom	150	unklar
Beseitigung der »digitalen Ungleichheit«	Russischer Fonds für Direktinvestitionen	6,1	9
Implementierung von »intelligenten Netzwerken«, d. h. Steigerung der Energieeffizienz um 14 %	Russischer Fonds für Direktinvestitionen	1,1	40

Quelle: Wirtschaftsministerium der Russischen Föderation <<http://economy.gov.ru/minec/activity/sections/strategicPlanning/assessment/investregistry/>>, abgerufen am 29. Juni 2015

Russlands politische Antwort auf die »economic statecraft« des Westens

Richard Connolly, Birmingham

Zusammenfassung

Die politische Antwort Russlands auf die »economic statecraft« des Westens entfaltet sich weiter. Dabei werden eine Reihe von Schlüsselementen deutlich: der Einsatz staatlicher Ressourcen zum Schutz der Eliten vor unerwünschten Folgen der »economic statecraft«; die Kanalisierung staatlicher Ressourcen zugunsten wichtiger sozio-ökonomischer Interessengruppen zur Gewährleistung einer breiten Unterstützung für das Regime sowie der Einsatz des Schreckgespenstes eines äußeren Feindes zum Zwecke der Herstellung eines stärkeren politischen Zusammenhalts. Die politischen Entscheidungsträger in Russland intensivieren ihre Anstrengungen, engere wirtschaftliche Beziehungen mit nichtwestlichen Ländern, insbesondere China herzustellen.

Folgen der Sanktionspolitik

Die »economic statecraft« des Westens als Antwort auf die Annexion der Krim durch Russland und seine nachfolgende Verwicklung in den Krieg in der Ukraine hat eine Reihe von Antworten Russlands hervorgerufen. Neben der Einführung von Gegensanktionen im Agrarsektor, betreibt die Regierung Russlands eine Wirtschaftspolitik, die die Unabhängigkeit des Landes betont und eine Neubewertung seiner bisherigen Ansätze zur Integration in die globale Wirtschaft vornimmt.

Russlands Reaktion kann kaum überraschen. Die Erfahrungen der Vergangenheit beim Einsatz von »economic statecraft«, also von wirtschaftlichen Instrumenten wie Einreiseverboten, Kontensperrungen, Handelsembargos und Sanktionen durch die Staaten des Westens (und deren Verbündete) als Instrument der Außenpolitik, hat deutlich gemacht, dass jene Länder, die das Ziel von Sanktionen sind, zu relativ vorhersagbaren Reaktionen neigen. Diese Analyse soll deutlich machen, dass Russlands Reaktion auf die Sanktionen drei Thesen aus der einschlägigen Literatur bestätigt. Sie untersucht darüber hinaus ein weiteres wesentliches Element der russischen Reaktion, die Beschleunigung der verkündeten »Kehrtwende« Richtung Asien.

1. Die Wirkung der Sanktionen variiert je nach Art des Regimes im Zielland.

Sanktionen treffen die Staatsführung und die Bevölkerung in unterschiedlichen politischen Systemen auf unterschiedliche Art und Weise. Risa Brooks argumentiert: »Sanktionen, die das makroökonomische System und damit den »durchschnittlichen Wähler« treffen, [sind eher dazu geeignet,] gegen demokratische Staaten wirksam zu sein«, während autoritäre Führer »eher vor akkumuliertem oder makroökonomischem Druck geschützt sind« und daher nicht zu erwarten ist, dass

sie in gleicher Weise die öffentliche Meinung berücksichtigen wie Demokratien.

Tatsächlich ist es so, wie Susan Allen schreibt, dass »die innenpolitische Antwort auf Sanktionen in hohem Maße von der Art des Regimes im betreffenden Land abhängt. Ist ein Staat politisch offener, kann die öffentliche Meinung für die Führung, die sich Sanktionen entgegenstellt, politische Kosten erzeugen (und tut dies auch zu einem gewissen Grad).« In nichtdemokratischen Systemen wie Russland hingegen könnte die Führung sogar von Sanktionen profitieren, da die wirtschaftlichen Einschränkungen es der Staatsführung oft ermöglichen, durch die Aufsicht über den Handel mit knappen Gütern höhere Renten abzuschöpfen. Die Eliten können das relativ ungehindert tun, ohne gegenüber der breiteren Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen zu müssen.

Russlands politische Ökonomie basiert auf der Umverteilung der Rentenströme aus seiner international wettbewerbsfähigen Rohstoffindustrie. Die Einnahmen aus den Öl-, Gas- und Metallexporten werden dazu eingesetzt, ein hohes Sozialausgabenniveau aufrechtzuerhalten sowie Russlands jüngstes Aufrüstungsprogramm zu finanzieren. Ein solches, auf Manipulation der Rentenströme basierendes System bringt es mit sich, dass der russische Staat sehr wohl die Mittel hat, um die Eliten zu schützen und die Wirkung von Sanktionen abzufedern.

Daher ist aus Sicht der amtierenden Führung die wichtigste Frage, ob sie in der Lage ist, die Unterstützung durch die Eliten sicherzustellen – selbst, wenn die Kosten der *economic statecraft* zu Lasten des Gros der Bevölkerung gehen. Bislang ist es der Führung Russlands gelungen, Ressourcen für politisch gut vernetzte Verbündete vorzuhalten. Personen wie Gennadij Timtschenko und Arkadij Rotenberg, die von den Sanktionen betroffen sind, haben Zugang zu lukrativen Bauverträgen erhalten. Auch systemtragende Firmen wie der in Staatsbesitz

befindliche Ölgigant »Rosneft« haben erfolgreich Lobbyarbeit betrieben, um Zugang zu Finanzmitteln aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds zu erhalten.

2. Sanktionen können in den betroffenen Ländern zu Umverteilungen führen, die das bestehende System stärken
Nichtdemokratische Systeme können nicht nur knappe Ressourcen an Verbündete des amtierenden Regimes verteilen, um den Zusammenhalt der Eliten zu stärken. Sie können auch dafür sorgen, dass Mittel an wichtige sozio-ökonomische Gruppen umverteilt werden, um so eine Unterstützung des Regimes nicht nur bei den Eliten, sondern auch in der Gesellschaft sicherzustellen. Johan Galtung hat festgestellt, dass Sanktionen Bedingungen dafür schaffen können, dass in der betroffenen Gesellschaft mächtige Interessengruppen aufsteigen, die von der internationalen Isolierung profitieren. Das ist dadurch zu erklären, dass Sanktionen langfristig die Entwicklung der einheimischen Industrie des betroffenen Landes befördern und damit die Abhängigkeit des Landes von der Außenwelt verringern, ebenso wie die Fähigkeit der sanktionierenden Länder, das Verhalten des betroffenen Landes durch wirtschaftlichen Zwang zu beeinflussen.

Die wirtschaftspolitische Stimmung in Russland hat seit Verhängung der Sanktionen die Unterstützung insbesondere derjenigen Industrien in den Blick genommen, die von den Sanktionen betroffen sind. Importsubstitutionen, die bis 2014 nur bei einer Minderheit populär waren, kommen bei Politikern wie Experten in Russland immer stärker in Mode. Je länger Russland von der globalen Wirtschaft isoliert ist (was absehbar ist, sollten die Sanktionen länger andauern), desto wahrscheinlicher werden diese Kräfte erstarken und die Wirtschaftspolitik dominieren. Die Unterbrechung der Lieferketten hat in der Tat dazu geführt, dass Ressourcen über Importsubstitutionsprogramme in einheimische Industrien umgelenkt werden.

Im Laufe des vergangenen Jahres sind zusätzliche Finanzmittel für die Öl- und Gasförderanlagenindustrie, die Pharmaindustrie, den Agrarmaschinenbau, die Landwirtschaft und natürlich den Militärisch-Industriellen Komplex bereitgestellt worden. Dies sind alles wichtige Wirtschaftsbereiche, die einen großen Teil der Arbeitsplätze in Russland ausmachen, und sie alle profitieren von einer zuvorkommenden Politik, die als direkte Folge der Sanktionen betrieben wird.

Die Rüstungsindustrie ist ein gutes Beispiel dafür, wie der russische Staat seine Politik als Reaktion auf die Sanktionen korrigiert hat. Bislang hat die Rüstungsindustrie aufgrund der Ukraine-Krise Probleme gehabt, Produktionsaufträge zu erfüllen. Einige die-

ser Probleme sind nicht allein der Sanktionspolitik des Westens geschuldet, sondern Folge der unterbrochenen Beziehungen zu Unternehmen der ukrainischen Rüstungsindustrie, die in der Vergangenheit eng in das Netzwerk der russischen Rüstungsproduktion integriert waren. Zum Beispiel hat das ukrainische Verbot von Waffenexporten nach Russland für Engpässe bei Hubschraubermotoren und Anlagen zur Energieversorgung von Kriegsschiffen gesorgt. Die Wirkung der westlichen Sanktionen machte sich eher durch einen reduzierten Zugang zu einigen Baukomponenten bemerkbar, als bei fertigen Waffensystemen.

Um diesen Schwachstellen zu begegnen, entwickeln die russische Rüstungsindustrie und die Militärisch-Industrielle Kommission der Russischen Föderation Pläne zur Substituierung der vom Embargo betroffenen Erzeugnisse durch einheimische Produkte. Dem stellvertretenden Verteidigungsminister Jurij Borisow zufolge soll der Plan zur Importsubstitution ukrainischer Produkte bis 2017 umgesetzt sein, wobei eine Ersetzung der westlichen Komponenten mehr Zeit beanspruchen werde.

3. Sanktionen können dazu führen, dass Geschlossenheit entsteht

Frühere Sanktionsbeispiele haben gezeigt, dass Sanktionen dazu führen können, dass man sich in den betroffenen Ländern »unter der Flagge sammelt« und der politische Zusammenhalt gestärkt wird. Die Verabschiedung von Sanktionen versetzt die betroffene Staatsführung in die Lage, auf eine klare äußere Bedrohung zu verweisen, die als Kristallisationspunkt zur Einigung des Staates eingesetzt werden kann. Die Führung kann dann die Schuld für die wirtschaftlichen Härten den Staaten zuschreiben, die die Sanktionen verhängt haben, und von der eigenen Wirtschaftspolitik ablenken, wobei angenommen wird, dass die von Sanktionen betroffene Bevölkerung gegen den Feind oder die sanktionierenden Staaten zusammensteht.

In Russland gibt es starke Anzeichen dafür, dass es einen solchen »Sammelungs-Effekt« gekommen ist. Es zeigen nicht nur alle Meinungsumfragen, dass sich die Unterstützung für die Führung fast auf einem Rekordhoch befindet, wobei die Unterstützung für den Präsidenten besonders hoch ist. Die Sanktionen des Westens haben der Führung auch eine bequeme Entschuldigung für den oben beschriebenen strukturellen Wirtschaftsabschwung an die Hand gegeben. Es ist möglich, dass die Führung ohne die Sanktionen wegen der schlechten Wirtschaftspolitik unter sehr viel stärkeren gesellschaftlichen Druck geraten wäre. Die Regierung hat es jedoch vermocht, die Schuld für die

wirtschaftlichen Härten äußeren Feinden zuzuschreiben. Im weiteren Sinne gibt es Belege dafür, dass das »Zusammenstehen gegen den Westen« vielen (wenn auch nicht allen) Bürgern ein intensiveres Gefühl des Stolzes in Bezug auf die Stellung ihres Landes auf der internationalen Bühne gegeben hat. Mit der Zeit könnte dieses bei vielen vorhandene Gefühl des Stolzes eine Erosion erfahren, doch zumindest einstweilen ist klar, dass die meisten Russen »sich unter der Flagge versammelt« haben.

Die »Kehrtwende« nach Asien

Das letzte der hier diskutierten Elemente in Russlands Reaktion auf die *economic statecraft* des Westens ist das deklarierte Ziel, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Asien, insbesondere China, zu intensivieren. Schon vor der Ukraine-Krise hatte Putin, als ob er es sich von US-Präsident Barack Obama abgeschaut hätte, eine neue Strategie einer »Wendung nach Asien« verkündet. Die geschah in der Hoffnung, dass Russland in der Lage sein werde, die wahrgenommene wirtschaftliche Dynamik von Ländern wie China und Südkorea zu seinen Gunsten zu nutzen. In der russischen Elite spüren viele, dass Asien und insbesondere China eine im Vergleich zum Westen dynamischere Wirtschaftsregion ist – und dazu eine, die mit weniger politischem Gepäck daherkommt.

Eine Wendung nach Asien hat weitere Vorteile. Sie bietet insbesondere Argumente, um die Entwicklung von Russlands Fernem Osten anzukurbeln. Obwohl die Region reich an wertvollen Bodenschätzen ist, leidet sie unter spärlichen und zudem zurückgehenden Bevölkerungszahlen sowie einer vernachlässigten Wirtschaft. Eine Entwicklung dieser Region würde, wie in den 1960er und 1970er Jahren unter sowjetischer Herrschaft, eine beträchtliche Beteiligung des Staates erfordern. Wiederum würden mächtige Gruppen innerhalb der russischen Eliten von staatlich geführten Entwicklungsprojekten im Fernen Osten profitieren.

Daher sollten alle Schritte in Richtung einer verstärkten Integration in die asiatisch-pazifische Wirtschaft vor dem Hintergrund der Tendenz hin zu einer stärkeren Rolle des Staates in der Wirtschaft betrachtet werden. Die Abkommen über einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Russland und China, die in den letzten Jahren unterzeichnet wurden, darunter das vielgepriesene Gasgeschäft, das offenkundig im Mai 2014 formuliert wurde, sind typische Übereinkommen zwischen staatlichen und quasistaatlichen Akteuren auf beiden Seiten. Dieses Muster staatszentrierter Beziehungen ist für die Führung Russlands sicher attraktiver als die eher marktorientierten Beziehungen, die

für engere Beziehungen zu westlichen Volkswirtschaften nötig sind.

Es bestehen allerdings bedeutende Hindernisse für die geplante Kehrtwende nach Asien. Einerseits sind Russlands Handelsbeziehungen mit Ländern in Asien, insbesondere mit China, in den letzten Jahren rapide gewachsen. Im Jahr 2000 entfielen auf das nordostasiatische Trio China, Südkorea und Japan lediglich 5,5 Prozent der gesamten russischen Importe. Bis 2012 war dieser Wert auf 25 Prozent gestiegen. Die russischen Exporte in die Region waren ebenfalls gewachsen, wenn auch in einem geringeren Tempo. 2000 gingen 7,5 Prozent der gesamten russischen Exporte in diese drei Länder; bis 2012 sind diese Exporte auf 12,5 Prozent angestiegen.

Andererseits macht das dürftige Niveau der asiatischen Investitionen in Russland auch ernste Lücken in der wirtschaftlichen Integration deutlich. Selbst nach einer Reihe großer Energie- und Infrastrukturgeschäfte entfallen auf China, Südkorea und Japan zusammen nur knapp über ein Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Russland. Während Russland in zunehmendem Umfang Güter aus Asien importiert, wendet es sich auf der Suche nach Kapital ganz überwiegend nach Europa.

Darüber hinaus muss Russland in kostspielige Infrastruktur in seinem Fernen Osten investieren (Straßen, Eisenbahn, Pipelines usw.), wenn es sich voll in Asiens wachsende Wirtschaft einbringen will. All diese Ausgaben erfordern massive private und öffentliche Investitionen. Es ist alles andere als klar, ob diese Ausgaben Wirklichkeit werden. Falls doch, dürften die Ressourcen vom russischen Staat kommen, wodurch die Wiederbehauptung des Staates in der Wirtschaft Russlands weiter bekräftigt würde.

Des Weiteren könnte die zunehmende Asymmetrie zwischen Russland und China noch an Bedeutung gewinnen. Die Wirtschaft Russlands ist neben der chinesischen schlicht und einfach ein Zwerg, und die Kluft wächst. Während die Aussicht auf engere Beziehungen mit seinem größten Nachbarn für Russland verlockende Perspektiven eröffnet – ein wirtschaftliches und politisches Gegengewicht zum Westen, und das in einer Zeit, in der die Beziehungen zu den USA und Westeuropa schlechter sind als in den vergangenen zwanzig Jahren –, befinden sich die Chinesen nicht unter einem solchen Druck. Russland ist für China ein relativ kleiner Handelspartner, auf den nur knapp über zwei Prozent des gesamten chinesischen Handels entfallen. Während sich Russlands Beziehungen zum Westen verschlechtern, ist es wahrscheinlich, dass China Russlands relative Isolierung ausnutzen und in allen Abkommen günstigere Bedingungen sicherstellen

len wird. Während eine Hinwendung nach Asien für die herrschenden Eliten in Russland grundsätzlich wünschenswert sein dürfte, ist die reale Situation insgesamt so, dass Europa auf absehbare Zeit Russlands Hauptquelle für Handel und Kapital wie auch für Technologien und Knowhow bleiben wird. Mehr noch: Sollte der russische Staat seine Bemühungen intensivieren, die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den asiatischen Volkswirtschaften zu beschleunigen, ist es wahrscheinlich, dass eher eine zentralisierte wirtschaftliche Entwicklung des russischen Fernen Ostens an der Tagesordnung sein dürfte, als eine natürliche, marktbasierende Umorientierung. Daher wird ein Ausbau des Handels mit Asien wohl eher auf einer Staat-zu-Staat-Beziehung mit Indien und China in den Bereichen Energie und Rüstung aufbauen.

Schlussfolgerungen

Die Wirkung der Sanktionen ist vor allem im innenpolitischen Bereich sichtbar geworden. Da Sanktionen nichtdemokratische Systeme meist anders treffen als Demokratien, ist es der russischen Führung gelungen, Ressourcen an Verbündete innerhalb der Eliten und auch an wichtige Wirtschaftsgruppen in ganz Russland umzuverteilen. Unter dem Mantra

der Importsubstitution nimmt die Wirtschaftspolitik zunehmend nach innen gekehrte und dirigistische Züge an. Dennoch hat sich herausgestellt, dass diese Mischung eines Wirtschaftsnationalismus bei großen Teilen der russischen Bevölkerung bisher sehr populär ist.

Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen, die von den oben umrissenen Faktoren abgemildert werden, ist es also berechtigt zu fragen, ob die Sanktionen des Westens die (dort) erwünschte Wirkung erzielen. Statt in den Eliten für Unzufriedenheit zu sorgen, scheint der Zusammenhalt in den Eliten gestärkt worden zu sein. Und statt für beträchtliche wirtschaftliche Nöte zu sorgen, haben die Sanktionen lediglich der russischen Führung eine bequeme Entschuldigung für die bereits vorher schlecht funktionierende Wirtschaft an die Hand gegeben. Diese Folgen waren von den Autoren der Sanktionen sicherlich nicht beabsichtigt, was die Frage aufwirft, ob nicht stattdessen wirksamere Instrumente hätten eingesetzt werden können. Zu wirksameren Instrumenten könnten eine stärkere Betonung militärischer Reaktionen auf die Selbstbehauptung Russlands oder ein noch intensiveres Vorgehen gegen russische Vermögenswerte im Westen zählen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Richard Connolly ist Senior Lecturer für Politische Ökonomie und Direktor des Centre for Russian, European and Eurasian Studies (CREES) an der Universität Birmingham. Er ist Associate Fellow im Russland und Europa-Programm bei Chatham House, Gastprofessor für Public Policy an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft in Moskau und Redakteur der Zeitschrift »Post-Communist Economies«.

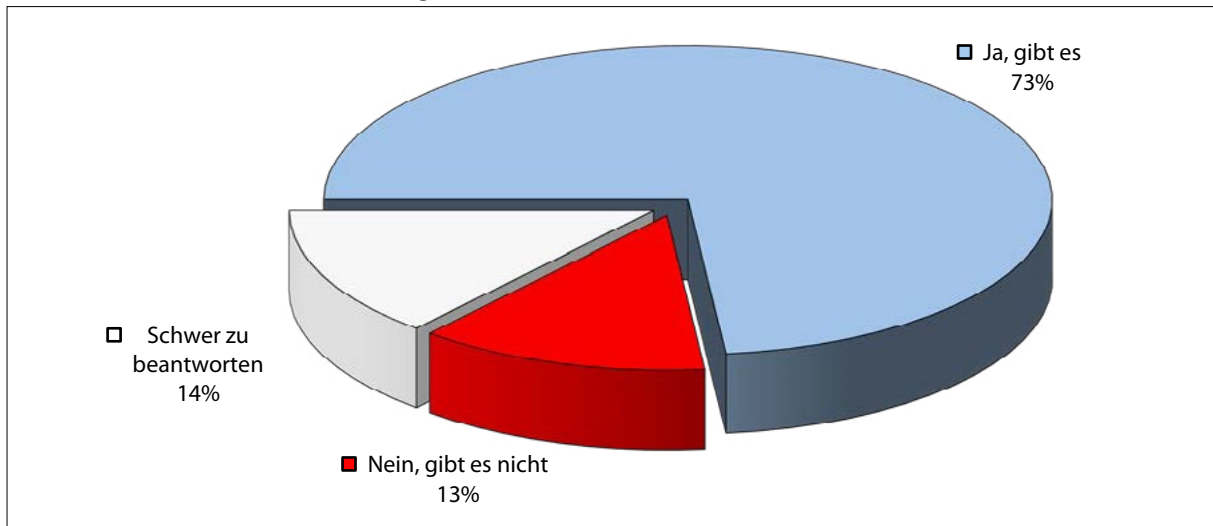
Lesetipps

- Allen, Susan Hannah: The Domestic Political Costs of Economic Sanctions, in: Journal of Conflict Resolution, 52.2008, Nr. 6, S. 916–944.
- Brooks, Risa : Sanctions and Regime Type. What Works, and When? in: Security Studies, 11.2002, Nr. 4, S. 1–50.
- Connolly, Richard: Troubled Times. Stagnation, Sanctions and the Prospects for Economic Reform in Russia [Chatham House Russia and Eurasia Programme Research Paper], London: Royal Institute for International Affairs, Februar; <<http://www.chathamhouse.org/publication/troubled-times-stagnation-sanctions-and-prospects-economic-reform-russia>>
- Galtung, Johan: On the Effects of International Economic Sanctions with Examples from the Case of Rhodesia, in: World Politics, 19.1967, Nr. 3, S. 378–416.

UMFRAGE

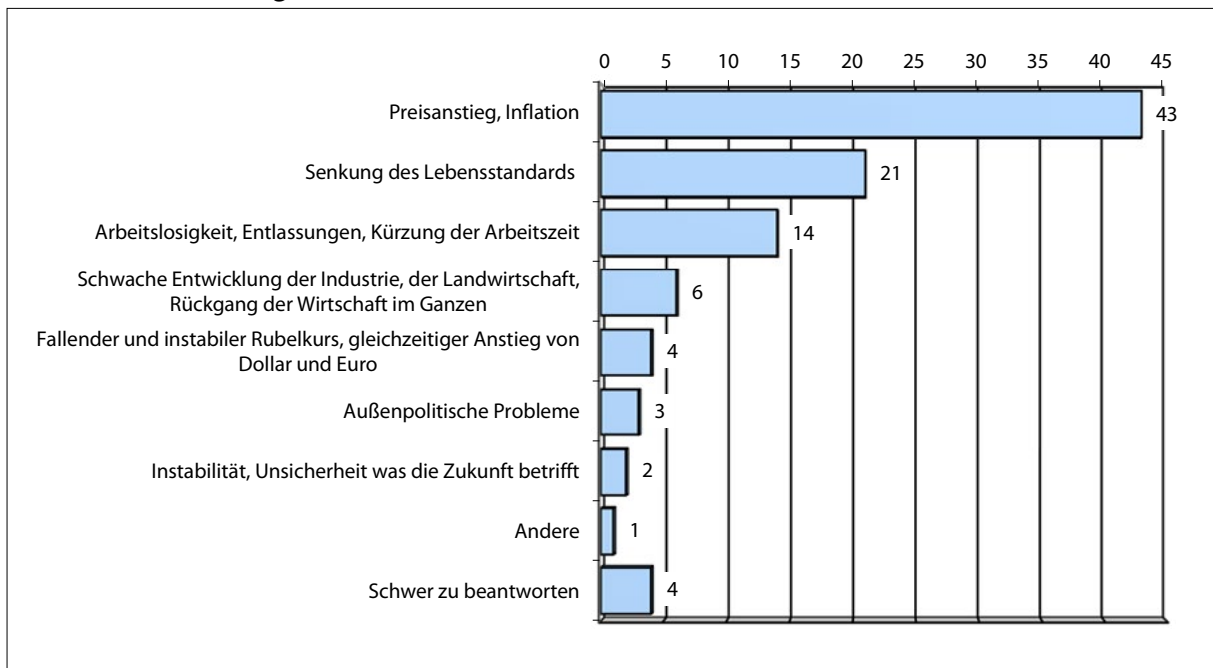
Meinungen zur Wirtschaftskrise

Grafik 10: Gibt es Ihrer Meinung nach derzeit in Russland eine Wirtschaftskrise oder nicht?



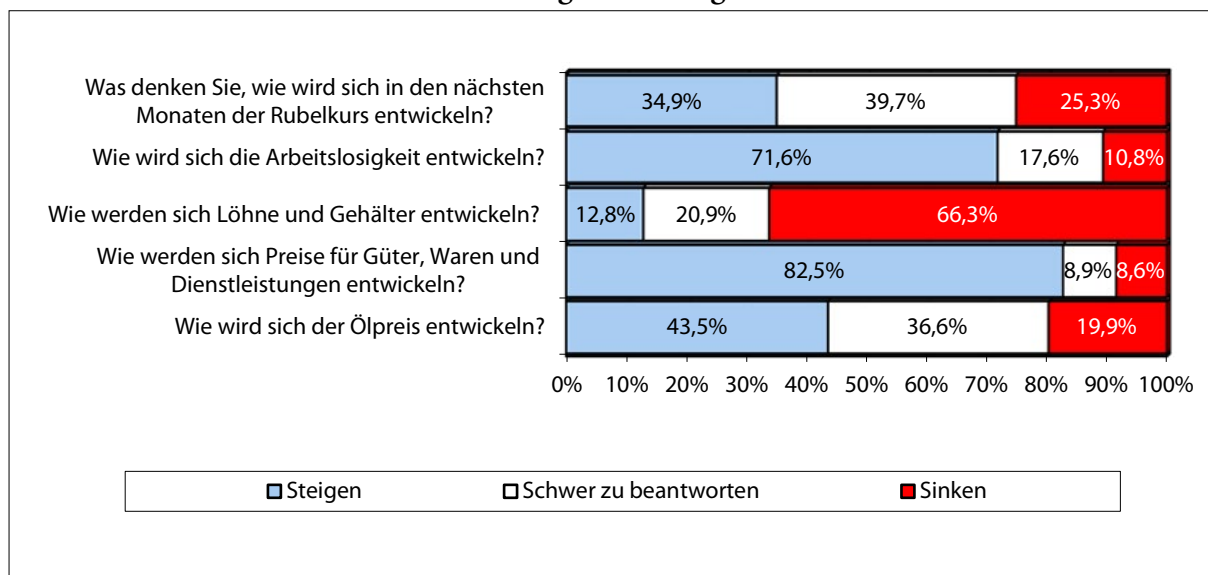
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM vom 6.–7. Juni 2015, N = 1500 <<http://fom.ru/Ekonomika/12199>>, 23. Juni 2015

Grafik 11: Worin äußert sich die Krise? (Offene Frage an diejenigen, die der Auffassung sind in Russland gäbe es derzeit eine Krise)



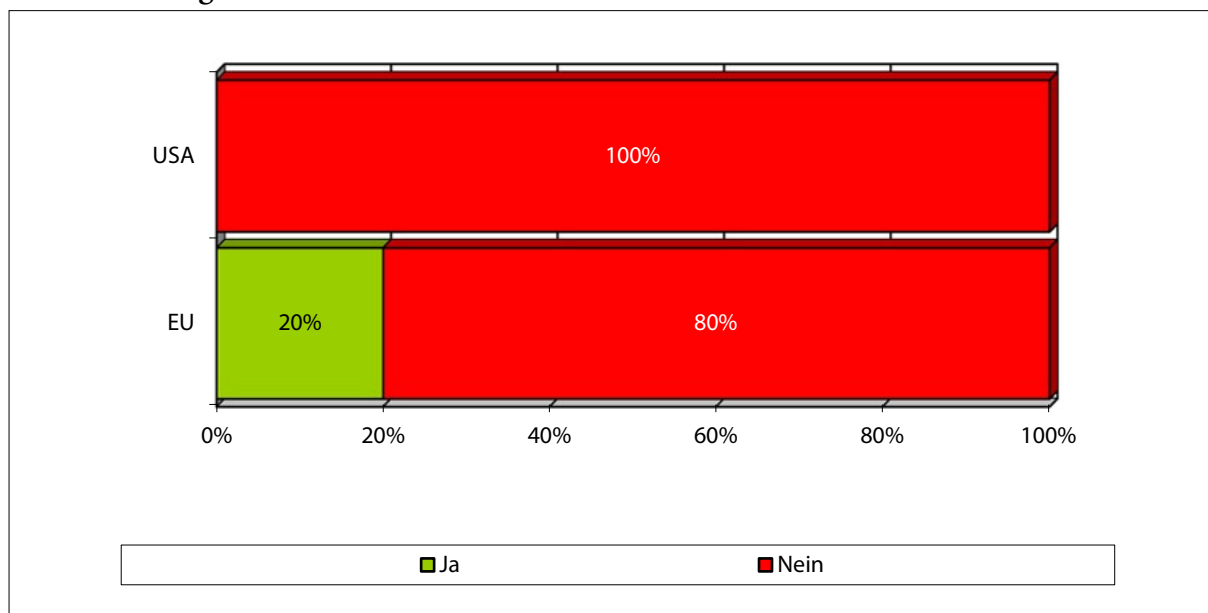
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM vom 6.–7. Juni 2015, N = 1500 <<http://fom.ru/Ekonomika/12199>>, 23. Juni 2015

Grafik 12: Russische Wirtschaft: Bewertungen und Prognosen



Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM vom 4.–5. April 2015, N= 1500 <<http://fom.ru/Ekonomika/12120>>, 18. April 2015

Grafik 13: Werden die westlichen Sanktionen gegenüber Russland in den nächsten zwölf Monaten gelockert?



Quelle: Bloomberg Umfrage Russland Spezialumfrage im Juli 2015 unter 30 westlichen und russischen Ökonomen/Bankvolkswirten

Das Petersburger Wirtschaftsforum. Überwindung der Isolation Russlands?

Vom 18.–20. Juni fand in St.Petersburg das jährliche internationale Wirtschaftsforum statt. Im Vergleich zum vorigen Jahr, als viele ausländische Staatsgäste sowie Vorsitzende deutscher Konzerne wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine das Petersburger Forum boykottierten, konnten die Veranstalter 2015 einen Rekord feiern: mehr als 10.000 Teilnehmer aus 120 Ländern sowie 2.000 Journalisten. Angesichts dieser Zahlen erklärten russische Politiker und staatsnahe Medien, dass die Isolation Russlands nun überwunden sei. Von den europäischen Regierungschefs besuchte aber nur der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras das Forum, um mit Wladimir Putin vor allem über die neue Gas-Pipeline »Turkish Stream« zu beraten sowie nach neuen Quellen zur Begleichung der griechischen Schuldenlast zu suchen. Die Rede des russischen Präsidenten musste, wie bei solchen Anlässen üblich, zu einem Medienereignis des Forums werden. Sie lieferte, nicht ganz ungewohnt, eine scharfe Kritik an der US-Außenpolitik und bestätigte somit die Fortsetzung des politischen Kurses des Kremls. German Gref, Vorstandsvorsitzende der größten staatlichen Bank »Sberbank«, und Ex-Finanzminister Alexej Kudrin, beide regelmäßige Teilnehmer des Forums, legten den Fokus auf aktuelle Wirtschaftsprobleme, Maßnahmen der Regierung zur Überwindung der Krise und die Notwendigkeit von Reformen in Russland. Kudrin zufolge könnte mit den Reformen bereits im Zuge der vorgezogenen Präsidentschaftswahl 2016 angefangen werden. Die Bilanz des »russischen Davos« und die Wirtschaftsperspektiven Russlands diskutierten Experten und Journalisten in den sozialen Netzwerken und Blogs. Zu Wort meldeten sich u. a. der Politologe Pawel Rschewskij, der Chef der Russischen Eisenbahn Wladimir Jakunin, der Ökonom und Wirtschaftsprüfer Prof. Igor Nikolajew, der Politologe Stanislaw Belkowskij, der Wirtschaftsexperte Stepan Sulashkin und der Journalist Oleg Kashin.

Rschewskij: »Das Forum hätte für Russland besser nicht laufen können«

»[...] Für unser Land hätte das Forum besser nicht laufen können. Russland hat sich als hervorragender Veranstalter einer so großen internationalen Veranstaltung gezeigt. Im Westen war man ja davon überzeugt, Russland sei isoliert und niemand würde nach St. Petersburg kommen.

Wollen wir uns aber nicht den Fakten zuwenden? Im Rahmen des Forums wurden 205 Memoranden, Abkommen und Verträge in einer Gesamthöhe von mindestens 293 Milliarden Rubel unterschrieben. Und wie viele Verträge sind noch hinter dem Vorhang des Geschäftsgeheimnisses verborgen? Hier noch einige Zahlen: Am Forum haben 10.000 Menschen aus 120 Ländern teilgenommen, darunter 200 ausländische und 1.500 Unternehmen aus Russland. Auf dem Gelände fanden 150 Veranstaltungen statt. Die Statistik ist beeindruckend und die Anzahl der ausländischen Partner widerlegt den Mythos von einer internationalen Isolierung Russlands völlig. [...] Auf dem Forum erschienen recht viele Partner aus Asien, was auch den östlichen Vektor der Entwicklung Russlands bestätigt.

Wenn man schon über strategische Partnerschaft spricht, so kam man auf dem Forum nicht daran vorbei. Russland und Griechenland haben ihre einvernehmlichen Absichten bezüglich der »Turkish Stream«-[-Pipeline] bekräftigt; es wurden neue Vereinbarungen zur Erweiterung von »Nord-Stream« getroffen; Russland und Saudi-Arabien haben partnerschaftliche Beziehungen im Bereich Atomenergie besiegelt.

Auch diesmal blieb das Forum nicht ohne brisante politische Äußerungen. Das zeigt allein schon der Vorschlag von Kudrin, die Präsidentschaftswahl vorzuverlegen, der große Aufmerksamkeit in der Gesellschaft und den Medien hervorgerufen hat.

Das diesjährige Forum war von einem großen Interesse von Investoren an Russland gekennzeichnet. Die Veranstalter betonten, dass alle ausländischen Unternehmenschefs, die zum »russischen Davos« eingeladen waren, auch gekommen sind und an den Veranstaltungen des Forums teilgenommen haben. Abgesehen von dem wirtschaftlichen Aspekt hat das Petersburger Wirtschaftsforum noch ein weiteres wichtiges Ziel erreicht: Es hat gezeigt, dass Russland ein wichtiger Akteur bleibt, der an internationalen Prozessen beteiligt ist.«

Pawel Rschewskij auf Echo Moskwy, 21.06.2015 <<http://echo.msk.ru/blog/rpgrpgs/1570880-echo/>>

Belkowskij: Kudrin wäre im System Putin hilflos

»Liebe Freunde und Mitfühlende, ich erlaube mir ein paar Worte zu den Motiven des Auftritts von A. L. Kudrin auf dem PMEF-2015 [Petersburger Wirtschaftsforum]. Ich hoffe, wir sind uns im Klaren, dass die »vorgezogene Präsidentschaftswahl zur Durchführung von Reformen«, übersetzt aus dem »Kudrinischen«, bedeutet: »Der Pakt Putins mit Medwedew ist möglichst schnell zu beenden und ich, Kudrin, zum Premierminister zu ernennen. Dann gehen die Reformen richtig los«. Und Schluss. Eine Carte Blanche, also das Mandat für Reformen, hat W. W. Putin sowieso schon jetzt. Niemand hindert ihn. Außer er selbst. Als ein Mensch des zutiefst konservativen Psychotypus will er keine radikalen Reformen und hat Angst vor ihnen. Und keinerlei Wahlen, weder vorgezogene noch fristgemäße oder nach hinten verschobene, werden die psychischen Grundlagen des 62-jährigen Kerls ändern.

Entschuldigen Sie die Aufmerksamkeit

Stanislaw Belkowskij auf Facebook, 18.06.2015 <<https://www.facebook.com/joshua.raynolds/posts/904625436249716>>

Tschumakow: Glücksträume des Kremls

»Das Internationale Petersburger Wirtschaftsforum 2015 ist beendet. Die »viele Milliarden schweren« Verträge sind unterzeichnet. Der Bevölkerung Russlands und der Welt wird erzählt, wie gut die Wirtschaft die Krise bewältigt und wie schön man in Russland schon sehr bald leben wird. [...]

Natürlich setzt der Kreml große Hoffnungen in solche öffentlichen Veranstaltungen zur Gewinnung ausländischer Investoren. Der Grund dafür liegt allein darin, dass der Staat keine anderen Instrumente zum Verkauf und zur Durchsetzung seiner Wirtschaftsinteressen hat. Unsere Bürokraten sind nicht in der Lage, auf dem Markt zu arbeiten. Dabei ist es unwichtig, ob sie im staatlichen oder privaten Sektor arbeiten; der Kern bleibt der gleiche. Kapitalbeschaffung ist aber nach wie vor äußerst *wichtig!* Zu behaupten, dass dieses Instrument zur Kommunikation mit den Investoren effektiv wäre, ist, wie ich das sehe, falsch! Man kann die sozial-wirtschaftliche Lage, die sich von Tag zu Tag verschlechtert, nicht kaschieren. Nicht kaschieren lässt sich auch die Verschärfung der politischen Spannungen zwischen Russland und dem Westen. Deswegen ist es unmöglich, Bedingungen einer erlogenen Virtualität zu schaffen, in der ausländische Investoren losstürzen, um russisches Anlagevermögen aufzukaufen. Und hören Sie auf davon zu sprechen, dass die Preise für russische Kapitalanlagen sehr stark gesunken sind. Wenn das Risiko eines Verlustes der Anlagen besteht, sollte man in sie überhaupt nicht investieren! [...]

Iwan Tschumakow auf Echo Moskwy, 20.06.2015 <http://echo.msk.ru/blog/ekspert_i/1570702-echo/>

Wladimir Jakunin: Ich bin mit den Ergebnissen des Forums sehr zufrieden

»Ganz frisch will ich meine Eindrücke vom Petersburger Forum teilen. Allgemein gesagt ist zu betonen, dass sich dieses Forum vom vorjährigen hinsichtlich der Zahl und der »Qualität« der Teilnehmer merklich unterscheidet. Der Beweis dafür ist die große Zahl an Unternehmenschefs, darunter jener ausländischer Firmen, die dort vertreten waren. Sie haben an allen Veranstaltungen des Forums aktiv teilgenommen und waren kontaktfreudig. Ich kann mich beispielsweise nicht erinnern, wann es jemals eine solche Zahl an Interessenten gab, die die Russische Bahn ansprechen wollten. Dabei betraf das nicht nur unsere traditionellen Branchenpartner aus dem Bereich der Produktion von Eisenbahntechnik, der Entwicklung der Infrastruktur usw., sondern auch Vertreter des Bankensektors und von Consulting-Firmen. Dazu kann ich nur sagen, dass dieser hohe Grad an wirtschaftlichem Engagement und auch des Interesses an Russland seitens der Ausländer die Haltung und die Stimmungen der Unternehmer in der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage widerspiegelt. Trotz der Sanktionen sind das Interesse und die Hoffnung auf eine Beteiligung an Projekten in Russland offensichtlich. Fast alle, mit denen ich gesprochen habe, sehen den Druck der USA auf die Politik der europäischen Länder, der wegen der Situation in der Ukraine ausgeübt wird, und gegen Russland gerichtet ist, kritisch.

Privaten Gesprächen während des Forums entnahm ich, dass die Geschäftswelt ein gewisses abgestimmtes Gespür dafür hat, dass das in den letzten Jahrzehnten dominierende sozio-ökonomische Globalisierungsparadigma und das entsprechende Finanzmodell bald überkommen sein werden, dass sich die Welt ändern wird, und dass die zukünftige Entwicklung auf einer Vielfalt sozio-ökonomischer Modelle basieren wird. [...]

Wladimir Jakunin auf Livejournal, 19.06.2015 <v-yakunin.livejournal.com/98768.html>

Sulakschin: Der Präsident hätte lieber nicht auftreten sollen

[...] Das zentrale Ereignis war natürlich die Rede von Präsident Putin. In Wirklichkeit ist ihr fachlich-unternehmerischer sowie der politische Gehalt gleich Null. Die Rede mied die gravierendsten Herausforderungen für die Entwicklung des Landes, zu denen natürlich der Konflikt mit dem Westen gehört, der massive Sanktionsdruck, der Konflikt in der Ukraine, an dem Russland beteiligt ist, das Modell der Haltung des Staates zur Wirtschaftskrise, die Maßnahmen, die er trifft und in der Zukunft treffen wird. Der Auftritt war ein Versuch, die Lage möglichst rosig darzustellen, grundsätzlich keine Fehler oder Misserfolge der eigenen Tätigkeit zu bemerken oder einzugestehen, und dabei grundsätzlich auf einer Fortsetzung jener finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu bestehen, die die Regierung einsetzt.

Aber abgesehen von dem politischen Teil ist es bemerkenswert, dass die unzulänglichen empirischen Grundlagen und Statistiken, die der Präsident verwendet hat, sowie das unangemessene Bild seiner Einschätzungen jegliches Vertrauen in die Politik der Staatsmacht untergraben. [...]

Mangelhafte Informationen, fehlerhafte Vorstellungen von den Ursachen und Wunschdenken können weder bei Politikern, noch bei Investoren oder bei der Bevölkerung Vertrauen wecken.[...]

Stepan Sulashkin auf Echo Moskwy, 26.06.2015 <<http://echo.msk.ru/blog/sulakshin/1574260-echo/>>

Nikolajew: Man kann Rosstat glauben

Während des Internationalen Petersburger Wirtschaftsforums hat Rosstat eine neue Zusammenfassung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren für den Mai 2015 veröffentlicht (die Daten zur Industrie waren einige Tage früher erschienen). [...]

Es gehört schon zur Tradition, über Rosstat zu schimpfen, insbesondere wegen seiner Daten zur Inflation. Nein, bitte nicht schimpfen! Nicht schimpfen, weil beispielsweise die -5,5 % für die Industrie im Mai 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 nahe an der Wirklichkeit sind. Genauso habe ich keine Zweifel an den entsprechenden Angaben zum Bauwesen (-10,3 %), zu den Einzelhandelsumsätzen (-9,2 %), zum Umschlag in der Logistikbranche (-4,1 %), zum realen verfügbaren Geldeinkommen der Bevölkerung (-6,4 %), zu den realen Löhnen und Gehältern (-7,3 %) usw.

Schauen Sie sich doch die Daten zur Produktion wichtiger Waren im Mai 2015 an: Pkw (-37,9 %), Lkw (-18,3 %), Stahlbeton-Elemente und -Konstruktionen (-23 %) usw. Man wird sagen: Schon wieder geht es nur um das, was gerade sinkt, es gibt doch Wachstum in einzelnen Produktionszweigen. Das gibt es, ohne Zweifel. Wenn sich aber eine Tendenz offenbart, dann wird diese Tendenz mit den Daten konkretisiert, die sie ausmachen. Wenn von den 100 wichtigsten Produktarten der verarbeitenden Industrie, zu denen Rosstat Angaben veröffentlicht, bei 68 im Mai 2015 ein Produktionsrückgang registriert wird, ist es völlig normal und berechtigt, genau darüber zu sprechen. Geben Sie es doch zu.

Man kann ja bei der Suche nach wenigstens irgendetwas Positivem das im Mai 2015 erfolgte erhebliche Wachstum (über 25 %) in folgenden Produktionssektoren erwähnen: Käse und Käseprodukte (+27,7 %, darauf konnte ich ja wieder nicht verzichten), Nähgarn (+25,8 %), Juchtenlederwaren (27,1 %), synthetischer Kautschuk (25,8 %) usw. Immerhin sind durchaus »seriöse« Waren vertreten: Stahlwerktechnik (41,8 %, die wird übrigens in Tonnen gemessen), Diesellokomotiven für Fernstrecken (verdreifacht). Die Spezifik dieser »seriösen« Warengruppen besteht aber darin, dass sie stückweise bestellt werden: *Heute Schmaus und morgen nichts im Haus. Deswegen soll man auch hier nicht allzu viele Hoffnungen hineinlegen.* [...]

Übrigens haben wir vor einiger Zeit zwei Analysen zur Frage erstellt, ob man sich auf die Angaben von Rosstat verlassen kann. Bewertet wurden die Statistiken zur Inflation und zur Entwicklung des BIP. Fazit: Bei der Inflation beschönigt Rosstat zwar, aber relativ wenig (um ca. 2 Prozentpunkte), beim BIP aber lügt die Behörde nicht, man kann ihr glauben. Seitdem beziehe ich mich auf Rosstat-Statistiken (andere haben wir sowieso nicht).[...]

Igor Nikolajew auf *Echo Moskwy*, 23.06.2015 <http://echo.msk.ru/blog/nikolaev_i/1572152-echo/>

Kashin: Kognitive Dissonanz von Arkadij Dworkowitsch

»Während eines ›Geschäfts-Frühstücks‹ auf dem Petersburger Wirtschaftsforum rief [der Stellvertretende Ministerpräsident] Arkadij Dworkowitsch die Russen dazu auf, mehr zu arbeiten und weniger Zeit für das Essen zu verschwenden. ›Ich habe das allgemeine Gefühl, dass wir alle in diesem Land vor allem mehr und besser arbeiten und dies zum Vergnügen tun sollten, eventuell auf Kosten eines verkürzten Frühstücks.«

Die Ernährungsberaterin Lidija Ionowa hat beim Radiosender ›Goworit Moskwa‹ live erklärt, dass sich Dworkowitsch irrt, denn auf das Frühstück sollte man besonders gut achten.«

Oleg Kashin auf *Facebook*, 19.06.2015 <<https://www.facebook.com/oleg.kashin/posts/10153460697268112>>

NOTIZEN AUS MOSKAU

Strangulierte Medienöffentlichkeit in Russland

Jens Siegert, Moskau

Unabhängigen russischen Medien geht es schlecht. Und die Lage wird immer schwieriger. Einige Beobachter (und einige Medienleute in Russland) sprechen schon davon, dass es bald wieder sei wie in der Sowjetunion. Doch das täuscht. Auch wenn es sich bei der Beherrschung der Öffentlichkeit in beiden Fällen, in der Sowjetunion ebenso wie im heutigen Russland, um eine

Mischung aus staatlichem Zwang und staatlicher Propaganda handelt, gibt es doch erhebliche Unterschiede. Sie zu erkennen ist wichtig für eine vernünftige Analyse, aber auch für eine Debatte darüber, was man dem entgegen setzen kann. Darum soll es in diesen Notizen gehen.

Ein erster wichtiger Unterschied zwischen der Propagandaarbeit in der späten Sowjetunion und im heuti-

gen Russland ist die Haltung der politischen Führungsschicht – die in der Sowjetunion weitgehend rational agierte. Auch wenn die Lage damals intransparent und der Westen in vielem auf kremlastrologische Spekulationen angewiesen war, so konnte man doch von der (wie wir heute wissen, weitgehend richtigen) Annahme ausgehen, dass das Innere der Blackbox Kreml im Wesentlichen so funktioniert, wie in anderen Weltgegenden auch.

Rational blieben die Sowjetführer paradoxer Weise auch, weil sie über ein vollständiges Medienmonopol verfügten, das nur von außen in Frage gestellt wurde (wenn wir einmal von der kleinen Dissidentenschar absehen) – durch die russischsprachigen Auslandssender, vor allem Radio Swoboda, Voice of America, BBC World Service und auch die Deutsche Welle. Diese ins Land dringende Außensicht zwang die sowjetischen Monopolmedien zu mehr Rationalität. »Der Westen« besaß (als Konzept, ja in gewisser Weise als positive Utopie) in der späteren Sowjetunion eine große Glaubwürdigkeit. Da viele Sowjetbürger westlichen Medien mehr glaubten als den eigenen, mussten diese sich immer wieder an den Informationen und auch an den Informationsstandards von außerhalb messen.

Heute hat sich die Situation umgekehrt. Zum einen ist der Westen, der bis weit in die 1990er Jahre hinein der russische Sehnsuchtsort war, inzwischen zur Projektionsfläche (fast) aller Enttäuschungen geworden. An dieser Entwicklung hat die Putinsche Propaganda selbstverständlich seit vielen Jahren systematisch gedreht. Als positives Korrektiv von außen fällt so nicht nur der Westen aus, sondern auch von dort kommende Informationen (egal ob nun, wie früher, über die genannten Radiosender, oder, wie heute, vorwiegend über das Internet). Angesteckt werden aber auch viele inländische Medienakteure, die von der staatlichen Propaganda geschickt mit diesem nun ver- und missachteten Westen in Verbindung gebracht werden. Zum anderen kann man in Russland bei vielen politischen Protagonisten bis in die allererste Reihe immer öfter an dem zweifeln, was man landläufig den »gesunden Menschenverstand« nennt. Nicht, weil sie eine grundsätzliche Konfrontation mit dem Westen und die Abkehr von dem eben noch lautstark gepriesenen demokratischen Entwicklungsweg propagieren. Das mag politisches Kalkül oder Überzeugung sein. Problematisch ist der grassierende Obskurantismus, dem seit einiger Zeit, wie es scheint, fast alle Tore offen stehen. Wie dem auch sei, verfängt die Strategie, alles, was nicht vom russischen Staat kommt, durch das Label »Westen« gleichsam zu kontaminieren, sehr gut und kompensiert durchaus, dass der heutige russische Staat kein Medien- und Informationsmonopol mehr hat.

Allerdings ist es ein Merkmal von autoritären politischen Systemen, und das um so mehr, wenn es so tiefe Wurzeln im Geheimdienstmilieu hat, wie das gegenwärtige in

Russland, dass sie immer mehr Kontrolle wollen. Zwar hat Präsident Putin lange versucht, ein einigermaßen stabiles Gleichgewicht zwischen (macherhaltender) Kontrolle und (kreativen) Freiräumen für einen Teil der großstädtischen funktionalen Eliten (zu denen auch viele Journalisten zählen) zu bewahren. Aber nach dem Protestwinter 2011/2012 und noch stärker nach der Krimannexion senkt sich die Waagschale mit zunehmender Geschwindigkeit in Richtung von immer mehr Kontrolle und Repression.

Daher muss man wohl besser sagen, der russische Staat hat »noch« kein Medienmonopol, aber er strebt es inzwischen an und es ist nicht mehr weit bis dahin. Im Folgenden möchte ich diese Dynamik beschreiben. Bei dieser Darstellung profitiere ich unter anderem von meiner Teilnahme an einer Ende Juni in Berlin von der Heinrich Böll Stiftung, dem Atlantic Council und dem European Council on Foreign Relations organisierten (nicht öffentlichen) Konferenz.

Die staatliche Kontrolle von (Massen-)Medien ist also unter Präsident Putin von Anfang an immer stärker geworden. Dabei ging es zunächst vor allem um die großen, landesweiten Fernsehkanäle, dann kamen Radios und kleinere, auch regionale Fernsehstationen hinzu, später auch Zeitungen und seit einiger Zeit das Internet. Übrig geblieben sind nur einige wenige, vom Staat unabhängige Medien: einige Zeitungen (viele mit ausländischem Kapitalanteil), kaum mehr Radiostationen (da Echo Moskaus gerade vom Eigentümer Gasprom-Media auf Linie gebracht wird) und vor allem das unübersichtlichere Internet, in dem der Übergang von klassischen Medien (mit staatlicher Lizenz) zu anderen Informationsformaten wie Bloggern, Webportalen, Websites von NGOs oder privater Personen fließend ist. Doch auch hierhin erstreckt sich der staatliche Wille zur Kontrolle. Blogger müssen sich z. B. als »Massenmedien« (oder russisch »Masseninformationsmittel«, kurz: SMI) registrieren lassen, wenn sie mehr als 3.000 Follower haben.

Zur verstärkten Kontrolle kommt eine Entwicklung, die auf längere Sicht noch weit mehr beunruhigt, und die vom Kreml systematisch vorangetrieben wird. Es geht um eine Veränderung der Auffassung davon, was Presse ausmacht und welche Funktionen sie in einer Gesellschaft hat. Aus der Sowjetunion hat sich all die Jahre die bereits erwähnte Abkürzung »SMI« als Synonym für »Presse«, »Medien« oder »Massenmedien« gehalten (eigentlich ist es sogar umgekehrt: bei »Presse«, »Medien« usw. denken alle sofort: »SMI«). Nach einem kurzen Intermezzo setzt der Staat nun die darin zum Ausdruck kommende Auffassung exakt wieder durch. Wie bereits zuvor den NGOs (und den in ihnen engagierten Menschen) wird auch Journalisten kein »Eigensinn« mehr zugestanden. So wie NGOs ausschließlich als Instrumente in einer internationalen, »geopolitischen« Ausei-

nersetzung verstanden werden, besonders augenfällig demonstriert durch das sogenannte »NGO-Agentengesetz«, geschieht das auch mit Journalisten und der Presse. Allein die Möglichkeit von abweichenden, auf (Experten-)Wissen und eigenen Schlüssen gründenden Auffassungen wird negiert. Da bedarf es dann logischer Weise keiner pluralen Medien. Mehr noch: Die Veröffentlichung abweichender Meinungen wird zur feindlichen Tat.

Dass »Information« als solche verschwindet, wird von einer Art »Informationslärm« begleitet. Dieser »Lärm« ist der Effekt einer ganzen Armee von (Internet-)Trollen, deren Aufgabe es nicht (mehr) ist, die Sichtweise des Kreml zu vertreten, sondern alle anderen Sichtweisen zu ersticken, indem sie sie in einem Meer mehr oder weniger absurder und obskurer »Informationen« untergehen lässt. Es geht, das wurde unter anderen von Peter Pomerantsev (<<http://www.theatlantic.com/international/archive/2014/09/russia-putin-revolutionizing-information-warfare/379880/>>) und Boris Schumatsky (<<http://www.schumatsky.de/RusslandLuege.htm>>) sehr gut beschrieben, eben nicht mehr, wie zu Sowjetzeiten, darum, eine andere »Wahrheit« durchzusetzen, sondern vielmehr darum, die Möglichkeit, es gebe so etwas wie eine »Wahrheit«, so etwas wie Tatsachen, generell zu diskreditieren.

Wenn es aber keine Tatsachen mehr gibt, sondern (das ist, ich verweise auf die oben erwähnte Negierung von autonomen politischen Subjekten, eine besondere Ironie) alles relativ und lediglich von Interessen abhängig ist, dann gelten auch für Journalisten andere ethische und professionelle Maßstäbe als die, von denen die Annahme einer freien oder unabhängigen Presse ausgeht. Dann geht es eben nicht mehr darum, sorgfältig zu recherchieren und zu veröffentlichen, was man herausgefunden hat. Es geht dann nicht mehr um die Darstellung unterschiedlicher Meinungen, Sichtweisen und Standpunkte, sondern dann sind Journalisten Kombattanten des, wie es mittlerweile in Russland wieder oft (aber leider auch immer öfter im Westen) heißt, »Informationskrieges«.

In Russland führt das Durchsetzen dieser Auffassung von Journalismus zu dreierlei. Erstens zu einem neuen »ethischen« Kodex für »Journalisten« (alles ist erlaubt, Hauptsache es dient dem Ziel im »Kampf«), zweitens dazu, dass immer mehr gute und anständige Journalisten das Land oder die Profession verlassen, und (damit eng zusammenhängend) drittens zum Verschwinden ganzer journalistischer Genres wie der Reportage

oder der investigativen Recherche (deren Parodien dagegen fröhliche Urstände feiern).

Bemerkenswert ist, dass der Kreml bei der Zerstörung der letzten Reste einer unabhängigen Presse nicht direkt auf Verbote, Druck oder direkte Repression setzen muss (obwohl es das alles selbstverständlich auch gibt). Vielmehr zielt seine Strategie darauf, sämtliche Finanzierungsquellen entweder zu kontrollieren oder zu verschließen. Schon im September 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den ausländischen Anteilsbesitz an russischen Massenmedien auf 20 Prozent beschränkt. Damit scheiden ausländische Investitionen als Finanzierungsquelle für unabhängige Medien künftig weitgehend aus. Inländische Investoren werden vom Staat kontrolliert. Zudem ist das Investment wenig lukrativ. Mit Informationsmedien lässt sich wenig verdienen, der Werbemarkt ist beschränkt, dafür aber das (politische) Risiko hoch. Für einige widerständige unabhängige Medien wie die Nowaja Gaseta gilt zudem ein ungeschriebenes Werbeverbot, wie auch deutsche, in Russland operierende Konzerne schon bemerken mussten. Das jüngst in Kraft getretene »Unerwünschte-Organisationen-Gesetz« wird wohl auch einige Internetzeitungen treffen, die sich bislang noch mit einer Mischung aus Crowdfunding und geförderten Projekten über Wasser halten.

Wer überleben will, muss sich entweder anpassen oder, wie die ehemalige Lenta.ru-Redaktion, die nun aus der litauischen Hauptstadt Vilnius das Internet-Journal »Medusa« betreibt (<www.meduza.io>), sich der russischen Jurisdiktion entziehen. Damit nähert sich das Land zwar auch hier wieder der Sowjetunion an, ist aber, wenn man so will, weitaus flexibler in der Praxis der Machtausübung. Der wichtigste Unterschied bleibt, dass Informationen »aus dem Westen« in Russland heute weit schlechter beleumundet sind, als sie es zur Zeit der Sowjetunion waren, und dass es im Land immer noch Nischen gibt, auch wenn sie kleiner, enger und weniger werden. Das lässt sich dann auf zweierlei Weise interpretieren: Als Argument für den Kreml, der weiter darauf verweisen kann, keiner Diktatur vorzustehen, da doch im Land weiter alles gesagt und geschrieben werden könne. Oder als kleiner Hoffnungsschimmer, dass noch nicht alles verloren ist.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

18. Juni – 1. Juli 2015

18.06.2015	Der russische Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew schließt aus, dass Russland der Entscheidung des Schiedsgerichts in Den Haag über eine Entschädigung ehemaliger Jukos-Aktionäre Folge leisten wird. Russland hat Beschwerde gegen die Entscheidung eingelegt.
18.06.2015	Die Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« veröffentlicht einen Bericht (< http://www.hrw.org/node/135723 >) sowie Videomaterial zu Menschenrechtsverletzungen durch die russischen Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung von Aufständischen in Dagestan. Dem Bericht zufolge sei vor allem gegen Salafisten, die unter den Generalverdacht gestellt werden Untergrundkämpfer zu sein, Willkür ausgeübt worden.
18.06.2015	Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte sind 2014 in Russland ca. 275.000 ausländische Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung flohen, aufgenommen worden. Damit führt Russland die weltweite Statistik zur Zahl der Flüchtlingsanträge und – aufnahmen an. 99 % der Antragsteller kommen aus der Ukraine und sind wegen der derzeitigen Krise dort geflohen.
19.06.2015	Am Rande des internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg trifft Präsident Wladimir Putin eine Reihe von ausländischen Staatsgästen, unter anderem den kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew sowie den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras. Dabei werden bilaterale Wirtschaftsfragen erörtert, u. a. der geplanten Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion und die griechische Schuldenkrise.
19.06.2015	Der Vorstandsvorsitzende der »Sberbank«, German Gref, macht in seinem Referat auf dem Petersburger Wirtschaftsforum vier Faktoren für die Krise der russischen Wirtschaft verantwortlich: das schrumpfende Bruttoinlandsprodukt, Inflation, Geldentwertung und das sinkende Einkommen der Bevölkerung.
19.06.2015	Auf dem Petersburger Weltwirtschaftsforum erklärt der Präsident der VTB-Bank, dass Russland im Begriff stehe, eine Alternative zum SWIFT-System zu entwickeln; das Ziel sei, die eigenen Finanztransaktionen besser zu schützen.
20.06.2015	Präsident Putin erklärt, dass das Einfrieren von russischem Vermögen, das in einigen europäischen Ländern vorgenommen werde, unrechtmäßig sei. Er kündigt an, dass Russland die zugrundeliegende Entscheidung des Schiedsgerichtshofes in Den Haag über die Zahlung von Entschädigungen an ehemalige Jukos-Aktionäre sowie die Kompetenz des Gerichts nicht anerkenne. In Belgien und Frankreich waren Tage zuvor Konten der russischen Botschaften eingefroren worden.
22.06.2015	Der LGBT-Aktivist Nikolaj Aleksejew wird von einem Moskauer Gericht zu einer Geldstrafe von 20.000 Rubel (ca. 320 Euro) verurteilt. Er hatte am 30. Mai eine nicht genehmigte Gay-Pride Parade in Moskau organisiert, während der es zu Auseinandersetzungen zwischen LGBT-Aktivisten und ultraorthodoxen Gläubigen gekommen war.
22.06.2015	Nach Angaben des Nationalen Anti-Terrorkomitees sind zwei Mitglieder einer illegalen bewaffneten Formation in Dagestan getötet worden, nachdem die mutmaßlichen Kämpfer aus ihrem Auto heraus das Feuer auf Beamte des Innenministeriums und des FSB eröffnet hatten.
22.06.2015	Im »Bolotnaja-Fall« ist der erste Angeklagte vorzeitig auf Bewährung freigelassen worden. Stepan Simin hatte fast drei Jahre Haft abgebußt. Zahlreiche Angeklagte im »Bolotnaja-Verfahren« sind noch immer im Gefängnis.
22.06.2015	Nach Angaben der Financial Times befindet sich 2015 kein russisches Unternehmen unter den 100 größten Konzernen der Welt. Das beste Ergebnis und den 170. Platz erzielte mit einem Marktwert von 56,56 Mrd. US-Dollar der Energiekonzern Gazprom.
22.06.2015	Es wird berichtet, dass der ehemalige Jukos-Chef Michail Chodorkowskij russische und internationale Experten zu einem Treffen einlädt, bei dem ein Programm zur gesellschaftlichen Umgestaltung Russlands erarbeitet werden soll. Das Programm der »alternativen Regierung Russlands« soll über einen Zeitraum von zwei Jahren laufen.
22.06.2015	Präsident Wladimir Putin, der französische Staatspräsident François Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel halten eine Telefonkonferenz ab. Es geht um die Krisensituation in der Ostukraine und die Umsetzung des Minsker Abkommens. Zudem wird über das am folgenden Tag anstehende Ministertreffen im »Normandie-Format« gesprochen.
22.06.2015	Das Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien in St. Petersburg sowie das Moskauer Zentrum für Informationen »FRIINFORM« werden in das Register »ausländischer Agenten« eingetragen.
22.– 26.06.2015	Ukrainische Militärs führen in der Begleitung von Deutschen und Schweizern vom 22.–26. Juni Beobachtungsflüge über russischem Territorium durch. Die Inspektoren sind im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel tätig.
23.06.2015	Nach Angaben des Energieministers der Krim, Sergej Jegorow, soll 2016 mit dem Bau einer Gaspipeline von der Region Krasnodar auf die Halbinsel Krim begonnen werden. Seinen Angaben zufolge seien bereits Finanzierung und ein ausführendes Unternehmen gefunden. Die Leitung soll ab 2018 ca. 2 Mrd. Kubikmeter Gas auf die Halbinsel befördern.
23.06.2015	Während einer Anti-Terror-Operation werden in Dagestan zwei mutmaßliche Kämpfer sowie ein Soldat der Inlandsstreitkräfte des Innenministeriums getötet.

23.06.2015	Ein Gericht in Kasan entscheidet, dass einem Opfer von Polizeigewalt und Folter eine Entschädigung in Höhe von 80.000 Rubel (ca. 1.300 Euro) gezahlt werden muss. Die Verteidigung hatte eine Entschädigung in Höhe von 536.500 Rubel (ca. 8.700 Euro) gefordert und kündigt Beschwerde beim Obersten Gericht Tatarstans an. Der Fall des Studenten Oskar Krylow, der in der Polizeistation »Dalnij« gefoltert wurde, hatte im Jahr 2011 für Aufsehen gesorgt. Die beschuldigten Polizeibeamten waren 2014 zu Haftstrafen verurteilt worden.
23.06.2015	Präsident Wladimir Putin ruft anlässlich der Eröffnung der Plenarsitzung der russischen Gesellschaftskammer dazu auf, Änderungen am Gesetz über »ausländische Agenten-NGOs« vorzunehmen. Die Formulierungen im Gesetz seien nicht eindeutig und würden teilweise auch vollkommen loyale prorussische Organisationen treffen. Zuvor hatten sowohl der Menschenrechtsrat beim Präsidenten als auch das vom ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin 2013 ins Leben gerufene Russische Bürger-Forum vorgeschlagen, den Begriff des »ausländischen Agenten« durch »Organisation, die ausländische Finanzierung erhält« zu ersetzen. Die Gesellschaftskammer feiert 2015 ihr 10-jähriges Jubiläum; aus diesem Anlass sind Vertreter der Gesellschaftskammern von 84 Föderationssubjekten nach Moskau gekommen.
23.06.2015	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) spricht sich dafür aus, die Sanktionen gegen Russland aufrecht zu erhalten, jedoch gleichzeitig das Mandat der russischen Delegation innerhalb der Organisation nicht weiter einzuschränken. Die Entscheidung der russischen Delegation, die Teilnahme bis Ende 2015 zu suspendieren, wird bedauert.
23.06.2015	Der Vorsitzende der russischen Verbraucherschutzorganisation »OSPP« Michail Anschakow weist Vorwürfe einer ausländischen Finanzierung von »OSPP« zurück. Die Organisation steht in der Kritik, weil sie auf ihrer Webseite ein Merkblatt veröffentlichte, dass russischen Touristen, die eine Reise auf die Krim planen, empfahl den Aufenthalt auf der Halbinsel nach Möglichkeit mit den ukrainischen Behörden abzustimmen. Die russische Generalstaatsanwaltschaft wies daraufhin das Strafermittlungskomitee an, ein Strafverfahren gegen OSPP wegen des Aufrufs zur Verletzung der territorialen Integrität der Russischen Föderation zu eröffnen.
23.06.2015	Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands kommen in Paris zu einem Treffen im »Normandie-Format« zusammen. Hinter verschlossenen Türen wird vor dem Hintergrund der zunehmenden Verletzungen der in Minsk vereinbarten Waffenruhe über die Lage im ukrainischen Ort Schiroke gesprochen, sowie über den Abzug schwerer Waffen von der Frontlinie.
24.06.2015	Die Moskauer Stadtduma billigt einen Antrag der KPRF bezüglich eines Referendums zur Frage der erneuten Aufstellung des Denkmals des Tscheka-Gründers, Felix Dserschinskij, auf dem Ljubjanka-Platz in Moskau. Zuvor hatten bereits Protestveranstaltungen gegen Pläne der KPRF stattgefunden.
24.06.2015	Der Menschenrechtbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Christoph Strässer, teilt mit, dass er seinen seit langem geplanten Besuch in Russland aufgrund von Spannungen zwischen Moskau und Berlin absage. Die russische Seite habe ihm zu verstehen gegeben, dass sein Besuch in Russland zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwünscht sei.
24.06.2015	Auf japanische Initiative hin führen Präsident Wladimir Putin und der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe ein Telefongespräch. Nach einem Austausch über die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, werden vor allem die Situation in der Ukraine sowie ein geplantes bilaterales Treffen thematisiert.
24.06.2015	Kabinettsitzung unter Leitung von Präsident Wladimir Putin. Erörtert werden Fragen der Sozialleistungen in abgelegenen Regionen und ländlichen Gebieten. Darüber hinaus informiert Putin über eine Verordnung über die Ausdehnung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit in Russland.
24.06.2015	Die Terrormiliz »Islamischer Staat« erklärt in einer Internetbotschaft, dass Kämpfer terroristischer Gruppierungen des »Kaukasus-Emirat« dem IS-Kalifen Al-Bagdadi Gefolgschaft geschworen hätten.
24.06.2015	Am Bonner Amtsgericht beginnt der Prozess gegen den mutmaßlichen Hacker »Hell«. Dem russischstämmigen Angeklagten Sergej M. wird vorgeworfen, Hacker-Angriffe u. a. auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny verübt zu haben. Dabei seien vor allem e-mails gehackt worden, die später im Verfahren gegen Nawalny verwendet wurden. Nawalny ist Nebenkläger und wurde als Zeuge vorgeladen. Die russischen Behörden untersagten ihm jedoch die Ausreise.
25.06.2015	Der 31. Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums bricht in die ukrainische Region Donbass auf. Er hat ca. 1.000 Tonnen Hilfsgüter geladen, neben Lebensmitteln vor allem Medikamente wie Insulin.
25.06.2015	Im Rahmen einer Spezialoperation in Nasran (Republik Inguschetien) werden zwei mutmaßliche Kämpfer, ein Mann und eine Frau, getötet. Sie sollen bewaffneten Widerstand geleistet und sich während der bewaffneten Auseinandersetzung in einem Wohnhaus verschanzt haben.
25.06.2015	Der russische Premierminister Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Verordnung, die die Einrichtung der drei ersten »Gebiete beschleunigter Entwicklung« beschließt. Zwei dieser Gebiete befinden sich in der Region Chabarowsk, das dritte in der Region Primorje. In diesen Gebieten sollen von nun an bevorzugt Investitionen getätigt sowie neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

25.– 26.06.2015	In der Gegend von Sotschi kommt es aufgrund anhaltender Regenfälle zu heftigen Überschwemmungen. Der Ausnahmezustand wird ausgerufen und 280 Menschen in Sicherheit gebracht.
25.06.2015	Die russische Regierung veröffentlicht als Reaktion auf die Verlängerung der EU-Sanktionen ihrerseits eine neue Sanktionsliste. Sie enthält eine Aufstellung von westlichen Gütern, die unter das russische Produktembargo fallen. Präsident Wladimir Putin hatte per Verordnung die russischen Importstopps um ein Jahr verlängert.
25.06.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrats. Themen sind Fragen der Innen- und Außenpolitik sowie ein Bericht von Außenminister Sergej Lawrow über die Ergebnisse des jüngsten Treffens im »Normandie-Format« in Paris.
25.06.2015	Das russische Justizministerium erstellt auf der Grundlage eines neuen Gesetzes ein Register über sogenannte »unerwünschte ausländische Organisationen«. Die Entscheidung über die Einstufung ausländischer Organisationen liegt bei der russischen Generalstaatsanwaltschaft in Abstimmung mit dem Außenministerium.
25.06.2015	Präsident Wladimir Putin reist in die von Waldbränden betroffene Republik Chakassien (im Süden des Sibirischen Föderalbezirks) und erkundigt sich nach den Wiederaufbaumaßnahmen. Es ist sein zweiter Besuch in der Region innerhalb weniger Monate.
26.06.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit US-Präsident Barack Obama. Themen sind die Ukraine-Krise sowie das Minsker Abkommen. Des weiteren wird über den Kampf gegen den Terrorismus und das Vorrücken der Terrormiliz »Islamischer Staat« im Nahen Osten gesprochen. Auch Syrien und das iranische Atomprogramm werden angesprochen.
26.06.2015	Jewgenij Primakow stirbt nach langer Krankheit im Alter von 85 Jahren in Moskau. Der in Kiev geborene Politiker war unter Präsident Boris Jelzin von 1998 bis 1999 Regierungschef und davor Außenminister Russlands und Leiter des Auslandsgeheimdienstes SWR.
26.06.2015	38 Migranten aus Zentralasien ziehen wegen ausbleibender Lohnzahlungen und unfairer Arbeitsbedingungen gegen ihren Arbeitgeber, die Firma »Agat« in St. Petersburg, vor Gericht. Die Gruppe der Straßenreiniger wird von der Gewerkschaft »Nowyje Profsojusy« unterstützt.
26.06.2015	Im Rahmen einer Spezialoperation in der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj werden zwei mutmaßliche Kämpfer und Angehörige einer illegalen bewaffneten Formation getötet. Die beiden Kämpfer sollen an Terroranschlägen im Oktober 2014 in Grosnyj beteiligt gewesen sein.
26.06.2015	Das Oberste Gericht Russlands bestätigt die Urteile gegen die Mörder der 2006 getöteten Journalistin Anna Politkowskaja. Nur in einem Fall schwächt es ein Urteil ab. Am 9. Juni hatte ein Moskauer Gericht zwei der Angeklagten zu lebenslanger Haft verurteilt. Drei weitere Männer erhielten Gefängnisstrafen zwischen 12 und 20 Jahren. Das Urteil im Mai war das erste, in dem die Auftragsmörder Politkowskajas direkt für die Tat verantwortlich gemacht wurden. Ein früheres Verfahren war 2009 ohne Verurteilung geblieben. Die Ermittler haben bis heute keine Spur der Auftragsgeber.
26.06.2015	Das russische Justizministerium kündigt an, dass es die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Beschwerde der Oppositionellen Alexej Nawalnyj und Ilja Jaschin anerkennt. Das Gericht befand, dass gegen vier Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen worden war, und hatte Russland aufgefordert, jedem der beiden Kläger 26.000 Euro Entschädigung zu zahlen. Nawalnyj und Jaschin waren 2011 nach einer Demonstration in Moskau festgenommen und widerrechtlich 15 Tage inhaftiert worden.
27.06.2015	Die russische Generalstaatsanwaltschaft erklärt die Entscheidung von 1954, die Krim der Ukrainischen SSR zuzuschreiben, da dies sowohl gegen die damalige Verfassung der RSFSR, als auch gegen die der UdSSR verstoßen habe. Keine der beiden Verfassungen habe für den Obersten Sowjet die Vollmacht vorgesehen, den verfassungsrechtlichen Status einer autonomen sozialistischen Sowjetrepublik zu verändern.
29.06.2015	Jewgenij Primakow wird mit militärischen Ehren auf dem Friedhof des Moskauer Nowodewitschij-Klosters beigesetzt. Es nehmen neben den Angehörigen auch Präsident Wladimir Putin, die Leitung der Präsidialadministration, Patriarch Kirill sowie andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil.
29.06.2015	Nach Medienangaben befinden sich auf der Kandidatenliste für die sogenannte »Stop-Liste« unerwünschter ausländischer Organisationen, bereits 20 ausländische NGOs und Stiftungen, so z. B. Amnesty International, Human Rights Watch, Freedom House, Ford Foundation sowie die deutsche Robert-Bosch-Stiftung. Nach einer eingehenden Überprüfung der Arbeit der Organisationen könnte ihre weitere Tätigkeit in Russland unterbunden werden.
29.06.2015	Nach Angaben des russischen Finanzministeriums beträgt der russische Anteil und Beitrag zum Grundkapital der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) 6,5 Mrd. US-Dollar. Diese mache 20 % des Gesamtkapitals der Bank aus. Russland erhalte auch einen Sitz im Direktorenrat der Bank.
29.06.2015	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Verordnung, die für das dritte Quartal 2015 den Gas-Tarif für die Ukraine festlegt. Die Ukraine wird demzufolge 247,18 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter Gas zahlen. Die ukrainische Regierung hatte mit 200 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter Gas gerechnet. Nach russischen Angaben sei der Preis im Vergleich zu den Gaspreisen für andere europäische Nachbarländer immer noch unterdurchschnittlich.

29.06.– 03.07.2015	Eine Delegation von deutschen, griechischen und italienischen Inspektoren führt eine Reihe von Kontrollflügen im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmeln über russischem Territorium durch.
30.06.2015	In St. Petersburg findet ein Treffen der Verteidigungsminister der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit statt. Die Minister unterzeichnen ein Memorandum über die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen für den Zeitraum 2016–2017.
30.06.2015	Die Verteidigungsminister der USA und Russlands, Sergej Lawrow und John Kerry, treffen sich in Wien. Thema der Unterredung ist der Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat«. Sie einigen sich darauf, dass die Lösung dieser gemeinsamen Aufgabe nicht durch geopolitische Unstimmigkeiten behindert werden soll.
30.06.2015	In Nahtschik, der Hauptstadt der Republik Kabardino-Balkarien, werden während einer Spezialoperation zwei mutmaßliche Kämpfer getötet. Sie hatten sich offiziellen Angaben zufolge in einem Wohnblock verschanzt und das Feuer auf die Beamten eröffnet.
30.06.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Amtszeiten von Oberhäuptern der Föderationssubjekte (Gouverneure) auf zwei konsekutive Amtsperioden beschränkt. Die neue Regelung gilt ab 2012, dem Moment der Wiedereinführung der Gouverneurswahlen.
30.06.2015	Der Vorsitzende der russischen Verbraucherschutzorganisation »OSPP«, Michail Anschakow, reicht beim russischen Verfassungsgericht eine Klage zum Gesetz vom 21. März 2014 über die Vereinigung Russlands mit der Krim ein. Er argumentiert, dass die Vereinigung der Krim mit Russland die »Kontinuität der internationalen staatlichen Verpflichtungen der Russischen Föderation sowie die Legitimität der Verfassungsordnung Russlands« verletze.
30.06.– 01.07.2015	Nach Angaben des russischen Außenministeriums wird die russische Delegation nicht an der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli in Helsinki teilnehmen. Dem Delegationsleiter und Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Naryschkin, sowie fünf weiteren Delegationsmitgliedern war von finnischer Seite mitgeteilt worden, dass man ihnen die Einreise nicht gewähren würde, da sie auf der Sanktionsliste der EU stehen. Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, nennt die Entscheidung empörend und inakzeptabel.
01.07.2015	Der russische Energiekonzern Gazprom stellt ab dem 1. Juli alle Gaslieferungen an die Ukraine ein, nachdem es nicht gelungen ist, sich mit der ukrainischen Seite auf Bedingungen für Lieferungen im 3. Quartal 2015 zu einigen. Die EU hatte zuvor erfolglos versucht, bei Preisverhandlungen in Wien zu vermitteln. Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz versicherte, dass der Transit durch die Ukraine und die Belieferung europäischer Kunden nicht beeinträchtigt würden.
01.07.2015	Das russische Verfassungsgericht stellt fest, dass der Antrag auf vorgezogene Dumawahlen gesetzeskonform ist. Der Föderationsrat hatte sich mit einer Anfrage zur Gesetzmäßigkeit einer Vorverlegung der Wahlen von Dezember auf September 2016 an das Gericht gewandt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>